

Die Rote Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. bei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-IV / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzettel: Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-IV, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeiter-Schule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Ausgabenpreis: Die neuromal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 M., für Familienangelegenheiten 0,20 M., für die Reklamezeile angeschlossen an den dreispaligen Teil einer Tageszeitung 1,50 M. Ausgaben-Ablieferung wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-IV, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Belastung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 9. August 1928

Nummer 185

Gefangen Raditsch tot

Die Vertragsmächte lehnen Tschitscherins Angebot auf Verhandlungen zu dem Kellogg-Pakt ab — Deutschland in der Front der Imperialisten gegen die Sowjetunion — Die chinesischen Arbeitermörder auf der Brüsseler Konferenz

Die Kelloggfront enttarnt

Das Interview, das der Außenkommissar der Sowjetunion, Genosse Tschitscherin, den Pressevertretern über den Kellogg-Pakt gab, hat in den imperialistischen Ländern, insbesondere aber in Amerika, große Bewirrung hervorgerufen. Zwar tun die europäischen Regierungen so, als wäre ihnen das Verlangen der Sowjetunion, an der Verabschiedung des Kellogg-Paktes eventuell mitzuwirken, nicht unangenehm. Sie flüchten jedoch genau so wie sich das am heftigsten sträubende Amerika, daß ihnen die Sowjetunion, wie auf der Abrialungskonferenz in Genf, die Nasen vom Gesicht reißen und ihre imperialistisch-kriegerische Fratze schamlos entblößen könnte. Nach einer Associated-Press-Meldung aus Washington

"haben die aus Moskau kommenden Erklärungen von Beamten der Sowjetregierung, welche andeuten, daß die russischen Behörden bezüglich des Kellogg-Paktes eine abwartende Haltung einnehmen sollen, durchaus versucht, das besondere Interesse des Staatsdepartement zu erwecken." (!!!)

Der Inhalt der weiteren Meldung ist kraft ablesbar und sagt, daß nach Unterschrift des Vertrages in Paris durch die ursprünglichen 15 Signatarmächte der Vertrag zum allgemeinen Beitritt freigegeben wird und die Moskauer Regierung ja dann unterzeichnen könne. (!) Es heißt dann weiter:

"Die amtlichen Kreise Washingtons... haben keine Kenntnis von irgend welchen Schwierigkeiten, die sich für die europäischen Unterzeichner des Vertrages ergeben könnten, falls Rußland es unterliege, die Gelegenheit zu einem späteren Beitritt wahrzunehmen. Was immer auch Rußlands diesbezügliche Haltung sein werde, so könne sie den Status der russisch-amerikanischen Beziehungen nicht beeinflussen." (!!)

Diese Auslassungen in der Sprache der üblichen heuchlerischen zweidimensionalen Diplomatie lädt erkennen, daß die Washingtoner Regierung die Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Kellogg-Pakt strikt ablehnt. Selbst der spätere Beitritt der Sowjetregierung zum Pakt wird für "anwaltig" gehalten. Es wird der Sowjetregierung jedoch weiter "anheimgestellt", den von den imperialistischen Großmächten unterzeichneten Pakt in seiner unveränderten Form beizutreten. Mit dieser Erklärung der Sowjetregierung wird der sowjetfeindliche Charakter des Kellogg-Paktes offenkundig unterstrichen. Kein Mensch wird der Rüte-macht zumutten können, nachträglich einen Vertrag zu unterzeichnen, bei deren Feststellung sie planmäßig ausgeschlossen wurde und der nur, natürlicherweise, die imperialistischen Interessen der Großmächte berücksichtigt. Die Antwort, die aus Washington auf Tschitscherins Angebot erfolgt, offenbart die Heuchelei der Unterzeichner des Kriegsverzichtspaktes immer deutlicher. Die deutsche Regierung bemüht sich selbstverständlich den Wünschen der Imperialisten nachzukommen. Eine kleine Meldung des Dresdner Anzeigers von heute morgen bestätigt das. Einem Drahtbericht des Berliner Tagesspiegels zufolge hat das deutsche Auswärtige Amt keine Demarche für die Beteiligung Rußlands unternommen und wird auch in dieser Richtung feinerlei Schritte zugunsten der Bereitschaftserklärung der Sowjetunion, am Vertrag mitzuwirken, unternommen. Diese Haltung der Müller-Regierung ist, wie der Anzeiger weiter schreibt, in Washington mit Erleichterung zur Kenntnis genommen worden, zumal jetzt in Amerika kurz vor den Präsidentenwahlen die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung schwieriger denn je geworden ist. Ganz im Stile der imperialistischen Presse erklärt jetzt die Dresdner Volkszeitung die Erklärung des Genossen Tschitscherin als einen "außenpolitischen Schachzug der Moskauer". Die Volkszeitung versucht, die bewußte und planmäßige Ausschaltung der Sowjetunion als die Schuld der Sowjetregierung hinzuzustellen. Es wäre jetzt unmöglich, die Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Vertragsmächten noch einmal zu eröffnen. Die Volkszeitung schreibt weiter: "Moskau hat die ganzen Monate über geschwiegen und seine Presse sich ironisch über den Kriegsverzichtspakt der Demokratien geäußert. Es war deutlich genug, daß es sich nicht beteiligen wollte. Es handelt sich für die Machthaber in Rußland jetzt nur noch darum, die Schuld für die Nichtbeteiligung auf die anderen abzuladen. Der Zweck der Erklärung Tschitscherins ist... die demokratischen Mächte an den Pranger zu stellen." Und genau so, wie die imperialistische Washingtoner Regierung erklären die linken Sozialdemokraten, daß der Sowjetregierung der Beitritt später offenstehe.

Die Haltung der Dresdner Volkszeitung, sowohl als auch des Vorwärts entspricht der Rolle der Koalitionspolitik der SPD-Führer und ihrer außenpolitischen Orientierung in der Nationalsozialistischen Front der Imperialisten. Die Haltung der kapitalistischen Regierungen und ihrer sozialdemokratischen Parteien beweist, wie recht Genosse Tschitscherin und die Moskauer Zwischenja hatten, wenn sie sagten, daß der Kellogg-Pakt nur ein Manöver ist.

mit dem in den Augen der Arbeiter der Schein erweckt werden sollte, als ob die Mächte auf ihre kriegerischen Absichten verzichten wollten. Die Ablehnung des Vorschlags Tschitscherins durch die kapitalistischen Regierungen, die Rolle, die die SED bei der Unterhöhung der antikommunistischen Pläne der Imperialisten spielt, beweist, daß der Kellogg-Pakt in Wirklichkeit die Plattform der konterrevolutionären Solidarität der Imperialisten und ihrer sozialpatriotischen Parteien gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Rüte-macht, gegen den ersten Arbeitstaat ist.

Kaditsch gestorben

Uragam, 8. August. Stefan Kaditsch ist am Mittwoch den 8. August 20,55 Uhr gestorben.

Das politische Attentat in der Skupjatina hat jetzt ihr drittes Todesopfer gefordert. Die lange Krankheit nach der Verwundung Stefan Kaditschs hat die Spannungen in Jugoslawien nur noch verschärft. Zur Zeit herrscht, wie aus Uragam gemeldet wird, noch Ruhe. Der Tod Stefan Kaditschs wird jedoch die kroatische Arbeiter- und Bauernschaft ausschließlich aufpeitschen. Die Auseinandersetzungen zwischen der kroatischen und serbischen Bourgeoisie und die Lage in Jugoslawien sind äußerst zugespannt und werden bei den mit Sicherheit zu erwartenden großen Kämpfen der Arbeiter- und Bauernmassen in Jugoslawien

den Auschlag geben. Die opportunistischen Führer der kroatischen Bauernpartei haben die nationale und sozial unterdrückten Massen von entsprechenden Aktionen noch zurückgehalten. Ob ihnen das auch in dieser Atmosphäre der augenblicklich spontanen Bewegung noch gelingt, ist im höchsten Maße fraglich. Die Blättermeldungen zum Tode Kaditschs lassen erkennen, daß man der weiteren Entwicklung in Jugoslawien mit größter Besorgnis entgegen sieht.



Der Brüsseler Gandal

Die Rebellion der kolonialen Gäste — Die Kampfansage der 2. Internationale an die unterdrückten Völker

Das Protestschreiben der Vertreter Indiens, Indonesiens, Ceylons und Trinidads an die Executive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, das die Entschließung der Kolonialkommission der 2. Internationale mit Empörung ablehnt, beleuchtet den tiefen Gegensatz zwischen der Kolonialpolitik der 2. Internationale und den Forderungen der Millionen unterdrückter Arbeiter und Bauern in allen vom Imperialismus beherrschten Weltteilen. Die sozialdemokratische Presse, natürlich auch die Dresdner Volkszeitung mit ihren Ablegern, die gestern den Bericht des SPD-Presse-dienstes über den Brüsseler Kongress mit der heuchlerischen Überschrift: "Der Tag der Unterdrückten" verfehlte, unterläßt ihren Lesern und Parteigenossen das Protestschreiben der wenigen Vertreter der kolonialen Völkerstaaten, die als Gäste auf der Brüsseler Tagung der 2. Internationale anwesend waren. Da die "linke" SPD-Presse den Kolonial-Standart der 2. Internationale einfach totschweigt und damit den Charakter der Imperialistenpolitik der Sozialdemokratie unterstützt, ist es umso notwendiger diese wichtige Frage etwas eingehender zu beleuchten, auch wenn sich das Lügengesetz vom Wetttreiberplatz noch so sehr in Schweigen hüllt.

Nicht nur die in den Kolonien lebenden werktätigen Massen, sondern das Proletariat der ganzen Welt haben das größte Interesse daran, die Vorgänge, die sich auf dem Brüsseler sozialdemokratischen Kongress abspielen, genau zu verfolgen. Denn die Kolonialfrage ist keine Spezialfrage, sondern ein entscheidend wichtiger Faktor, der bei der Auseinandersetzung der weltpolitischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit überhaupt die größte Rolle spielt. Deshalb gilt es, daß Inhalt der Kolonialresolution, die dem Brüsseler Kongress vorliegt, noch einmal ins Gedächtnis aller Arbeiter zu rufen.

Die Kolonialkommission der 2. Internationale legte dem Kongress eine Resolution vor, die nach dem Muster des Völkerbundes eine Gliederung der kolonialen Welt in zwei Gruppen vornimmt. Die eine ist diejenige, die den Imperialismus zur "kulturellen Entwicklung" der Völker nicht mehr nötig hat. Diese Gruppe kann die volle Unabhängigkeit fordern. Die zweite Gruppe umfaßt jene Länder, die auf einer niedrigeren Kultur- und Wirtschaftsniveau sich befinden. Diese Gruppe zerfällt selbst in Kolonialgebiete, wie Indien und Java, und eine Untergruppe bzw. eine dritte Gruppe, zu der die afrikanischen Kolonialgebiete gerechnet werden.

Diese schmachvolle Gliederung verfolgt keinen anderen Zweck, als die Unterdrückung der Kolonialvölker durch die imperialistischen Mächte zu rechtfertigen und zu verewigigen. In der Begründung für die Notwendigkeit der Fortdauer der imperialistischen Unterdrückung heißt es wörtlich:

"In diesen Gebieten beruhen die modernen Produktions- und Transportmethoden noch ausschließlich auf der fremden Herrschaft. Die sofortige Befreiung der Fremdherrschaft würde daher noch nicht den Fortschritt zu einer nationalen Kultur, sondern noch den Rückfall in primitive Barbarei, noch nicht die Entwicklung einer nationalen Demokratie, sondern die Unterwerfung der Völkerschaften unter die Herrschaft entweder einer Minderheit von weißen Ausiedlern oder heimischer Despoten und Feudalherren bedeuten."

Diese Völker soll also der Imperialismus vor der Despotie schützen! Der Imperialismus soll ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung gewährleisten! Noch der Stuttgarter Kongress kennzeichnete die Kolonialpolitik des Kapitalismus als eine Politik des Raubes und der Oberherrschaft, einer schamlosen Ausbeutung und Niedrigstellung der unterdrückten Völker zugunsten einer verschwindenden Minderheit. Davon weiß die Kolonialkommission des Brüsseler Kongresses nichts mehr. Mit einem Zionismus, der nicht zu überbieten ist, verschweigen die reformistischen Führer die Tatsache, daß die Herrschaft des Kapitalismus statt einer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Kolonialvölker zu sichern, zum wirtschaftlichen Ruin, zum



Ein führendes Mitglied der Internationale der Sozialpatrioten

Untergang ganzer Kulturen, zur physischen Ausrottung ganzer Völker, wie der amerikanischen Eingeborenen, geführt hat. Wenn sozialdemokratische Kritiker dieser schmackhaften Revolution, wie der holländische Sozialdemokrat Wekerle, geschrieben haben, daß die Kolonialrevolution die Entwicklung der 2. Internationale um zwanzig Jahre hinter die auf dem Stuttgarter Kongress erreichten Stufe zurückwirkt, so ist diese Beurteilung viel zu milde. Eine so offene Rechtfertigung der kapitalistisch-imperialistischen Unterdrückungsmethoden wäre vor dem Stuttgarter Kongress, vor dem Weltkriege überhaupt in der sozialdemokratischen Bewegung nicht möglich gewesen.

Karl Marx schrieb: „Ein Neger ist ein Neger. Nur unter bestimmten Produktionsverhältnissen wird er zum Sklaven.“ Die 2. Internationale ist offenbar anderer Ansicht. Ein Neger ist für die ein Neger, das heißt ein Sklave. Er ist dazu da, um von den imperialistischen Ausbeutern ausbeutet zu werden.

Den Gipelpunkt der Heuchelei erreicht die 2. Internationale, indem sie die Einteilung der Kolonialgebiete und die Einteilung nach den verschiedenen Stufen der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung nach sogenannten kulturellen Gesichtspunkten vornimmt. Mit demselben Argument, mit dem man das Recht des russischen Proletariats auf Errichtung der sozialistischen Räterepublik in Abrede stellt, bestreitet man heute das Recht der unterdrückten Kolonialvölker auf völlige Unabhängigkeit. Aber nur die Unabhängigkeit ist die Garantie einer wirklichen kulturellen Entwicklung der unterdrückten Völker. Was der Imperialismus an „Kultur“ den amerikanischen, den afrikanischen, den asiatischen Eingeborenen bot, ist bekannt. Die Heilsarmee-Lehren und die „zivilisierende“ Tätigkeit der katholischen Missionäre — das ist die Kultur, die die 2. Internationale heute für die unterdrückten Völker bestimmt.

Es würde zu weit führen, die heuchlerischen Phrasen der geläufigen Kolonialrevolution im einzelnen zu zerplüddeln, zu zeigen, wie selbst die Forderung nach der Unabhängigkeit von China, Ägypten und Syrien in dem Entwurf nur eine scheinheilige Maskierung der imperialistischen Pläne ist. Denn unter Unabhängigkeit wird hier nur die formal staatliche Unabhängigkeit verstanden, wie sie für China ja so wie so besteht. Die wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und Halbkolonien findet auch für diese Länder nach wie vor die volle Zustimmung der Helden der 2. Internationale. Deshalb heißt es in der Resolution wörtlich: „Der Sozialismus lehnt die politische Beherrschung der Kolonialvölker grundsätzlich ab.“ Für Indien wird nur eine sogenannte Selbstregierung als berechtigte Forderung gegeben. An diesem Punkt wird die ganze Verlogenheit der Stellungnahme der Reformisten besonders klar. Wenn die Einstellung, wie dies in der Resolution geschah, nach Kultursichtpunkten erfolgen soll, wer darf dann leugnen, daß Indien mit seiner uralten Kultur, seinem reichen nationalen Kulturerbe an allererster Stelle das Recht hat, die völlige Unabhängigkeit zu fordern?

Während in Brüssel auf diese Weise die Grundsätze des Sozialismus mit den Füßen getreten und die Kriegs- und Raubpläne der Imperialisten offen gutgeschrieben werden, wird auf dem 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau die Lehre des Sozialismus vom Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen auf die lebendigen Probleme der Gegenwart praktisch angewendet. Hier haben es die Vertreter der Kolonien nicht nötig, durch ein Protestschreiben gegen die Linie des Kongresses Stellung zu nehmen. Im Gegenteil, die Vertreter der unterdrückten Völker der ganzen Welt erblicken in der Kommunistischen Internationale die wahre Vertretung der Interessen aller ausgebeuteten und geknechteten Völker und Nationen. Unter der Führung der 3. Internationale werden die hunderthämmigen Arbeiter und Bauern in den kolonialen und halbkolonialen Gebieten den Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen und bis zum Siegreichen Ende durchsetzen.

Die polnisch-litauische Kriegsgefahr

Pilsudski's Ablenkungsmanöver — Vorbereitung zur polnischen Kriegsdemonstration in Wilna

Aus der Hauptstadt Litauens, aus Kowno, wird gemeldet, daß die polnische Regierung den Vorschlag gemacht habe, das Plenum der litauisch-polnischen Verhandlungen nicht in Königsberg am 15. August, sondern am 20. August in Genua zu beginnen. Der polnische Außenminister Jalecki sei verhindert, am 15. August nach Königsberg zu kommen. Die bürgerliche Presse verbreitet im Aufschluß an diese Meldung schon bezügliche Kommentare, die dahin gehen, daß sich Polen und Litauen in Genua unter der Aufsicht der Großmächte schon einigen werden. Die Generäle Verhandlungen seien geeigneter, den Frieden zu wahren, als direkte polnisch-litauische Verhandlungen ohne Aufsicht der Völkerbundsmächte.

Die neue polnisch-litauische Konferenz bereitigt keineswegs die Kriegsgefahr im Osten. Die Resolution des Völkerbundsrates, die im Dezember vorigen Jahres angenommen wurde, ließ die Gefahr für die Unabhängigkeit Litauens weiter bestehen. Litauen sollte sich mit Polen auf friedlichem Wege vereinigen. Es sollte sich Polen „freiwillig“ unterordnen und sich in dessen Halbkolonie verwandeln. Diese Linie des Völkerbundes bleibt bestehen. Damit aber auch die Kriegsgefahr. Denn eine Verwandlung Litauens in eine Kolonie oder eine Halbkolonie Polens bedeutet faktischweislich das Weiterbestehen und die Verstärkung der Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion. Der Druck der Imperialisten auf Litauen wird in Genua nur größer sein, als bei Verhandlungen, die nicht unter Aufsicht der Völkerbundsmächte stattfinden.

Inzwischen rüsten die polnischen Faschisten zu ihrer Kriegsdemonstration in Wilna. Pilsudski wird mit dem geliebten Generalstab und mit der Generalität der polnischen Armee am 11. August in Wilna eintreffen. Nach der feierlichen Messe, die natürlich auch nicht fehlen wird, wird ein polnischer Bischof die Kahneneiweiß der Wilnaer Legionäre vollziehen. Dann finden am Sonntag eine Reihe von Versammlungen statt, in deren Mittelpunkt die Rede Pilsudskis stehen wird.

Der Faschistaufmarsch in Wilna ist mehr als eine gegen Litauens Unabhängigkeit gerichtete polnische Demonstration. Er ist eine Kriegsdemonstration nicht nur gegen Litauen, sondern gegen die Sowjetunion, ein Symbol der kriegerischen Abhängigkeit nicht nur des faschistischen Polens, sondern auch der imperialistischen Räubermächte ganz Europas. Die deutsche Sozialdemokratie, die den Faschistaufmarsch in Wilna als eine harmlose Kundgebung bezeichnet, sieht die Politik der Zweiten Internationale konsequent durch: keine Beurteilung der Politik der französischen und britischen Imperialisten gegenüber Litauen und der Sowjetunion, keine Beurteilung und Entlarvung der Annexionspläne Pilsudskis, Einschläferung der Woch-

Ein Pfasse für den Gememörder Würdige Teilnehmer an der republikanischen Verfassungsfeier

Berlin, 8. August. (Eigener Drahtbericht)

Im Berlin und im übrigen Reich verüben die Behörden auf Anweisung von oben die Pfasse aller Schaltierungen zur Mitwirkung an der Verfassungsfeier zu bewegen. Das geschieht die Pfasse die geeigneten Leute sind, der Arbeiterschaft den Geist dieser Verfassungsfeier zu illustrieren, zeigt u. a. folgender Brief des Pfarrers Hans Grieger, der im „Reichswort“ des Grafen Reventlow vom 3. August abgedruckt ist. Der Brief lautet:

Die Helden ins Volk,
die Schieber auf den Thron!
Das ist in Deutschland
die Staatsräson! —

Echesfeld bei Frohburg i. Sa., 4. Februar 1928.

Sehr geehrter Herr Oberleutnant Schulz!

Da ich heute los, daß dieser Tage Ihr Geburtstag sei, möchte ich mitfühlend als ein deutscher Pfarrer und Seelsorger Ihnen in aller Ihrer Freuden und Leidenschaft als einem tapferen deutschen Mann mit einem herzlichen Grunde im Geiste die Hand drücken ...

Gewiß, Sie werden nach all der erlittenen jellischen Marter niemals vergessen, — denn auch nicht vergessen kann zur heiligen Waffe — was Ihnen die Republik — aufgebaut auf Elze, Reineck und Hochvater — angeboten hat.

Diese sogenannte Republik, die schon kurz nach ihrem familiären Entstehen noch hämmerlicher zusammengebrochen wäre, wenn nicht Männer, tapfer und heldhaft wie Sie, mit Einführung von Leib und Leben um eines schöneren Vaterlandes willen geopfert und gekämpft und Fochendes gehabt hätten. Niemals, des bin ich gewiß, werden Sie vergessen all die Schmach und Schande, die man, das jeden Gewissens, Ihnen als einem Ehrenmann angeboten hat; niemals, das Ihnen, einem gemeinen Mörder gleich, durch eine im Dienst der politischen Parteien stehende Justiz, gemäß dem Antrag eines südlichen Staatsmanns, das Leben abgesprochen wurde.

Und doch — trotz aller schweren Gründe zur Verbitterung — Sie werden, das sind meine Überzeugung und meine Bitte, den Kopf oben behalten und vertrauen der ewigen Gerechtigkeit, die der Karten und Bündner ihrer Heiligkeit lacht, der ewigen Gerechtigkeit, die Sie nicht vergessen hat und unerbittlich vergeltet wird, all das, was man Ihnen freudiger anzobt.

Ihnen, wie Ihnen mitleidenden Kameraden in Rückblende ein Gott befohlen und in prächtiger Werlichung einen trendenischen Gruß Ihres Ihnen unbekannt ergebenen Pfarrers

Hans Grieger.

Dieser Brief an den Gememörder Oberleutnant Schulz zeigt trefflich die Rolle, die die Pfasse und die Kirche zu jeder Zeit im Interesse der Bourgeoisie zu spielen wissen. Im Kriege legten sie die Waffen, bilden getreulich bei der Riederschlagung der Revolution und prüfen jetzt Gememörder zu neuen Unaten auf. Tatsächlich: würdige Teilnehmer an der Verfassungsfeier!

Wieder ein Austritt aus der SPD

Unter Münchner Bruderorganen, die Neue Zeitung veröffentlicht folgenden Brief eines bisherigen Mitgliedes der SPD:

München, den 5. August.

An den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, E. V.
An die Haltung Ihrer maßgebenden Parteilandes und
Ihrer Freunde in allen wesentlichen politischen Fragen ist von der Grundidee des Sozialismus leicht fälschlich so weit abgewichen,
daß man sich als Klassebewohner, proletarisch empfindender
Mensch nachgerade schämen muß. Ihrer Partei noch weiter
anzugehören.

Ihre Führer haben missbraucht, was ihnen die Wählerschaft gab! Die Regierung Müller hat in ein paar Wochen veranlaßt, was die Wahlen dem Proletariat an Macht gegeben! Der Wahlhunger pharaoischer Ministerpräsidenten hat über eine in Vertraulichkeit besetzte Masse gesiegt und die Not des Volkes an den Geldsack-Potentaten der Koalition verfaßt.

Dies ist der größte Schandstiel in der Geschichte Ihrer Partei! Und damit zieht sie sich selber für alle Zeiten. Meinen Namen aber bitte ich als Ausdruck meiner Besinnung im Namen Ihrer Partei zu löschen.

Ein Genosse, dem Sozialismus mehr ist als ein formales Lippenbekennen, hohler Poteidoktrin.

ges. Heinrich Sudermann.

Der Briefschreiber ist inzwischen Mitglied der KPD geworden. Sein Brief spricht die Gedanken zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter aus, die sicherlich in nicht ferner Zeit seinem Beispiel folgen werden.

Eine keine Gesellschaft

Die chinesischen Arbeitermörder auf der Brüsseler Konferenz

W. H. Sonderkorrespondent.

Unmittelbar nachdem der Renommee-Chinaman der 2. Internationale aus Paris in der Dienstag-Sitzung die heftigsten Anklagen gegen die Kuomintang erhoben hatte, traf der erste Delegierte der Kuomintang auf Grund einer halboffiziellen Einladung der Exekutive ein. Diese aus Paris ankommanden Kuomintang-Vertreter hatten eine lange Aussprache mit dem Sekretär der 2. Internationale, Fritz Adler. Wie versichert wird, wurde vereinbart, daß bei der bevorstehenden Ankunft von 2 Delegierten der Kuomintang mit Liao aus Amsterdam eine Sitzung von Mitgliedern der Exekutive mit den Kuomintang-Vertretern stattfinden wird.

Das enge Bündnis zwischen den sozialdemokratischen Arbeitervätern und der blutbefleckten 2. Internationale wird durch bewiesen. Es stellt sich heraus, daß die treibende Kraft zur Aufnahme der Beziehungen der 2. Internationale zur Kuomintang die Führer der SPD waren.

Fernlent-Zielsschiff „Zähringen“

Kriegsmanöver deutscher Marine im Beisein von Groener und Hindenburg

zu. meldet aus Kiel:

„Reichswehrminister Dr. Groener und der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, wohnten am Dienstag an Bord des Linien Schiffes „Schleswig-Holstein“ dem Artillerieschiff bei, wobei auch Übungen mit dem Fernlenkschiff „Zähringen“ ausgelöst wurden.“

Der Reichswehrminister und der Chef der Marineleitung werden den Reichspräsidenten von Hindenburg, der am Mittwoch, sechs 1.56 Uhr, von Berlin über Hamburg mit dem schweren D-Zug in Kiel eintrifft, zur Teilnahme an den Flottenübungen an Bord des Linien Schiffes „Schleswig-Holstein“ geleitet.“

Aus dieser bürgerlichen Meldung geht nicht der wahre Umfang der triegerischen Übungen der deutschen Marine hervor.

Es wurde gestern zum ersten Male das Fernlenkschiff „Zähringen“ vorgeführt, eine neue Erfindung, die für die Entwicklung der Kriegstechnik äußerst bedeutsam ist, und der verhältnismäßig kleinen deutschen Kriegsmarine vollkommen kriegsmäßige Manöver ermöglicht.

Wir haben bereits vor mehreren Wochen über den Umbau des Linien Schiffes „Zähringen“ zu diesem geheimnisvollen Zielsschiff berichtet. Das Schiff fährt ohne einen Mann Besatzung. Ein Torpedoboot fährt durch einen Sender die Befehle an die „Zähringen“, die durch eine Antenne die ankommenden Zeichen auffängt. Durch die drahtlosen Kommandos können — also durch Fernlenkung — Kursänderungen, Einhalten der Scheinwerfer, Erzündung von Füllersgeschüsen und Einheiten ausgeführt werden, so daß das Zielschiff sich genau so wie ein gegnerisches Schiff innerhalb der Artilleriemannen verhält.

Die Anwesenheit des Reichswehrministers Groener bei den geistigen Übungen dieses Fernlenkschiffes der besondere Beifall Hindenburgs heute — sie zeigen, welche große Bedeutung die obersten militärischen Vertreter des neuen deutschen Imperialismus ihrer großen militärischen Erfindung beilegen. Sie erinnern gleichzeitig eindringlich die Werkstätten Deutschlands, daß auch die Regierung der Großen Koalition mit allen Mitteln der Kriegstechnik zum kommenden imperialistischen Krieg rüstet.

Unter der Regierungssäule des Panzerkreuzer „Sozialisten“ Hermann Müller, sowie seiner Parteidamen Sennher, Hitler, Hindenburg und Wissell gehen die Kriegsmanöver der deutschen Marine vor sich. Die Arbeiterschaft kann den neuen Krieg nur durch den Sturz der Kaiserdiktatur der Bourgeoisie, den Sturz jeder kapitalistischen Regierung, ob sie als Koalitions- oder Bündnis-Regierung auftaucht, von sich abwenden!

Blutige Streitunruhen

zu Berlin, 9. August. Nach Meldungen aus Polen (Zusammenfassung) ist es im Verlauf eines Streites in einer Waggonfabrik zwischen Arbeitswilligen und Streikenden zu schweren Zusammenstößen gekommen, wobei auch Schüsse gewechselt wurden. Zwei Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt, danach auf ihrem Aufkommen geweckt wird, Verhaftungen wurden vorgenommen und eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Zum Tage

120 000 Mark Entschädigung für Slater

zu London, 8. August. Die englische Regierung hat Oskar Slater als Erbäh für die zu Utrecht verbühlte Zuchthausstrafe in den Jahren 1920—1922 eine Summe von 120 000 Mark angeboten. Slater hat das Angebot angenommen.

Schwedens Dank an Rußland

zu Kowno, 8. 8. 1928. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der schwedische Geschäftsträger an Tschitscherin eine Note gerichtet, in der er den Dank der schwedischen Regierung für die Errichtung Lundborgs durch den Göteborger Konsulin übermittelt.

Schwester Juramentstisch zwischen Auto und Straßenbahn

zu Berlin, 8. August. Am Mittwochvormittag kam es in der Kaiser-Allee in Berlin-Wilmersdorf zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Autobus und einer Straßenbahn. Ein Autobus, der einer Kraftdrohne auswich, wurde durch das schlüpfrige Plaster ins Schleudern gebracht und stieß mit einer zusammengestürzten Rüstung kommenden Straßenbahn ins Kratzenhaus gebrochen. Drei Personen wurden schwer verletzt und müssen in Krankenhaus eingeliefert werden. Sechs Personen wurden unerheblich verletzt und konnten sich nach Anlegung von Knochenbinden wieder aufsetzen.

Wetterbericht für den 9. August. Meist heiter, leichte Temperaturen, schwache Winde aus wechselnden Richtungen.



Ein eindrucksvolles Bild
aus der Berliner Antikriegslandung

Die Kriegsgefahr im Osten

wird nicht mehr geleugnet

Ein alarmierender Artikel des französischen Zentralorgans

Während die sozialdemokratische Presse die polnisch-litauische Kriegsgefahr als ein Produkt der Phantasie bezeichnet und die Redner der Sozialdemokratie auf dem Brüsseler Kongress die Fortschritte des Friedensgedankens in ihren Reden feiern, erscheint im halboffiziellen Organ des französischen Außenministeriums, im *Temps*, ein Beitrag, der geeignet ist, die breite öffentliche Meinung der Werktätigen über die ganze Gefahr aufzuklären und zu alarmieren.

Hier wird zum erstenmal in einem großen offiziellen Organ einer imperialistischen Regierung zugegeben, daß die Lage im Osten, der polnisch-litauische Konflikt, „eine ernste Bedrohung des Friedens in Nordosteuropa bedeute“.

Der Artikel des *Temps* ist aber nicht nur eine Bestätigung unserer Feststellungen, daß der Friede im Osten bedroht ist, sondern er ist auch eine weitere Bestätigung, daß die imperialistischen Räubermächte an der Kriegshege an erster Stelle beteiligt sind. Der *Temps* schreibt:

„Weder Deutschland noch eine andere Macht, nicht einmal Sowjetrussland, können einen Konflikt wünschen, der nur schwierig oder überhaupt nicht auf Polen und Litauen beendigt werden könnte und der eine Katastrophe herbeiführen würde, die der Völkerbund und alle ihre Verantwortung befreit, Regierungen zu verhindern verpflichtet sind.“

Indessen, meint der *Temps*, seien „gewisse ausländische Kreise an dem Weiterbestehen des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen weiter interessiert, weil sie bei Gelegenheit dieses Kriegszustand ausnutzen wollen, um die Generalaktionen der Warschauer Regierung zu verhindern“.

Nach diesen verhüllten Aneuerungen und Drohungen geht der *Temps* zu einem Angriff auf Litauen über, das die Zeitung des französischen Auswärtigen Amtes für die drohende Lage allein verantwortlich macht. Der *Temps* fordert das Eingreifen des Völkerbundes mit folgender Begründung: „Man soll sich über die Dispositionen von Woldemaras und der Komwoj Regierung keine Illusionen machen. Aber gerade deshalb müssen der Völkerbund und die Mächte die Entwicklung von Seiten dieses Landes (Litauens) mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen, damit sie im Notfall erfolgreich intervenieren können. Man weiß, daß England, Frankreich und Deutschland neulich, wie das Chamberlain im englischen Unterhaus mitgeteilt hat, in Kowno Schritte unternommen haben, um der litauischen Regierung Klugheit und die Besiegung der Generale Beschlüsse zu empfehlen. Außerdem hat Deutschland in Warschau einen freundlichen Schritt unternommen, um dort ebenfalls Währung zu empfehlen. Dieser letzte Schritt sei zweitlos überflüssig, da Polen jederzeit nur Beweise für seine Verschämtheit und unechtheitliche Geduld gegenüber den Provokationen von Woldemaras liefern hat.“

Die Linie des *Temps* ist klar. Polen wird prosoziert, Polen darf nur an seine Verteidigung. Die Kriegsvorbereitungen Polens werden mit folgendem Soh angekündigt und gerechtfertigt:

„Polen braucht den Frieden, um seine nationale Organisation (!) zu vollenden und seine außenpolitische Lage, die zwischen Sowjetrussland und Deutschland zweitlos nicht leicht ist, zu befestigen.“

Hier wird mit der größten Klarheit, deren sich die diplomatische Sprache überhaupt bedienen kann, gesagt, daß Frankreich hinter den Rüstungen und Vorstößen Polens steht. Der *Temps* fährt weiter fort:

„Die Gefahr liegt in persischen Manövern, die eine Kriegs-Atmosphäre erzeugen wollen, wo keine tiefen Gründe für einen Konflikt vorhanden sind.“

Diese Sprache des offiziellen französischen Organs ist ein Alarmignal für die gesamte europäische Arbeiterschaft. Dazu kommt, daß die Nachrichten über weitere diplomatische und militärische Vorbereitungen sich jeden Tag häufen. So berichtet die Sowjetzeit vom 5. August über den Plan einer lettisch-litauisch-polnischen ökonomischen Föderation, die in Lettland & Co. von englischer Seite unterstützt wird und die nur eine dekapitierte Form für ein Kriegsblindnis gegen die Sowjetunion ist. Eine andere bedeutsame Meldung ist die Nachricht der Telegraphenagentur der Sowjetunion, wonach die polnische Regierung der französischen und italienischen Regierung den Vorwurf gemacht hat, in einer kollektiven Note gegen die Tägigkeit der Komintern zu protestieren. Das würde bedeuten, daß die freie Provokation der polnischen Regierung, ihr Protest gegen das Referat Bucharsins auf dem 6. Weltkongress, im internationalen Maßstab fortgesetzt würde.

Während auf Grund aller dieser Tatsachen die Arbeiterschaft in allen kapitalistischen Ländern Europas eine verschärfte und ständige Alarmbereitschaft gegen die Kriegsgefahr organisieren muß, hat das deutsche Proletariat sein Augenmerk besonders auf die Rolle der deutschen Regierung in diesen Initiativen und Kriegsvorbereitungen zu richten. Fest steht, daß die deutsche Regierung in Kowno gemeinsam mit den englischen und französischen Imperialisten einen Schritt unternommen hat, der die Unterstützung der englisch-französischen Pläne bedeutet. Fest steht, daß die SPD-Presse die Kriegsgefahr, die schon ein großer Teil der bürgerlichen Presse anerkennt, nach wie vor leugnet. Fest steht, daß „linke“ SPD-Zeitung, wie die Leipziger Volkszeitung, Polens Kriegsbüchsen in Abrede stellen.

Die Verantwortung der Koalitionsregierung an der Kriegsgefahr ist nicht minder groß als die der imperialistischen Westmächte. Das müssen die werktätigen Massen Deutschlands ebenso klar sehen wie die Tatsache, daß die Kriegsgefahr im Osten nach einem „friedlichen“ Ablauf der geplanten polnischen Demonstration am 12. August nicht im mindesten beseitigt werden wird. Es gibt zwei Pläne, die man klar unterscheiden muß: der Plan einer sofortigen militärischen Besetzung Litauens, der schon heute die Gefahr eines Weltkrieges heraus-

Deutscher Baumgewerksbund, Baumgewerkschaft Dresden, Fachgruppe der Betonarbeiter

Sonntag den 12. August Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz in Leipzig. Die Wahl findet im Dresdner Volkshaus, Gardestraße (Eingang links), statt, und zwar von 10 bis 18 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung ersucht die Fachgruppenleitung.

Bei der Stimmenabgabe ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

beschwert, läuft parallel mit einem anderen Plan, den die Westmächte beschworen. Dieser besteht darin, in Litauen eine solche Konstellation herbeizuführen, die die sogenannte freiwillige Annexion Litauens mit Polen sichert. Eine solche Annexion Litauens durch Polen, die scheinbar auf Grund der Wünsche der litauischen Bevölkerung in Wirklichkeit unter dem Druck des Völkerbundes und mit Hilfe der Korruption erfolgen würde, ist nicht weniger gefährlich als die bewaffnete Intervention. Beide Pläne sind der Aufmarschplan des Imperialismus zum Kriege gegen die Sowjetunion. Gegen beide Pläne gilt es mit gleicher Energie zu kämpfen. Daß die deutsche Sozialdemokratie ihren Einfluß in einer maskierten Form schon heute geltend macht, um die Annexionsbestrebungen Polens indirekt zu fördern, ist nach den Versicherungen der SPD-Presse über die Friedenssiede Polens klar. Die besondere Rolle der Reaktionen besteht aber noch wie vor darin, die Wachsamkeit der werktätigen Massen Deutschlands einzuschärfen, damit die

Schachergesetze des deutschen Imperialismus ungestört betrieben werden können. Es ist nicht möglich, terminmäßig vorzusehen, wann Ereignisse von unabsehbarem Tragweite hereinbrechen können. Möglich ist es, und das muß das Ziel des Proletariats sein, stets rechtzeitig und wissentlich zur entschlossenen Abwehr und zum Kampf bereitzustehen, damit wir von den hereinbrechenden Ereignissen nicht überrascht werden.

In diesem Sinne gilt es den Kampf des internationalen Proletariats gegen die Kriegspläne im Zeichen der Lösungen der Kommunistischen Internationale zu führen:

Nieder mit den imperialistischen Räuber und ihren Vasallen, den sozialdemokratischen Führern! Verteidigung der Unabhängigkeit Litauens gegen die polnischen Imperialisten! Nieder mit der sozialistischen Diktatur in Litauen und Polen! Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Litauen und Polen!

Der 13. Kongress des ADGB

Von Paul Merker, Berlin.

Zu der demnächst erscheinenden Nummer des Organs für Gewerkschaftsbewegung und soziale Fragen, *Der Kampf*, ist folgender Beitrag des Genossen Merker enthalten.

Am 7. September tritt in Hamburg der 13. Kongress des ADGB zusammen. Eine solche Tagung müßte für die deutsche Arbeiterklasse ein bedeutungsvolles Ereignis sein. Der Kongress „vertreibt“ formal 4½ Millionen deutscher Arbeiter. Seine Wirkung wäre es, für die nächste Periode die Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes festzulegen.

Der Kongress der 4½ Millionen müßte sich, wäre er ein Kampfkongress, unter den Arbeitermassen mobilisierend und vorwärtsstreibend gegen die Bourgeoisie auswirken. Das wird jedoch nicht der Fall sein. Im Gegenteil. Die Wirkungen der Tagung werden reaktionär sein. Nicht der Organisierung und Förderung des Kampfes der unterdrückten Massen gegen die Großbourgeoisie, sondern der Bildung und Verhinderung des proletarischen Klassenkampfes im Interesse der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftsentwicklung soll nach dem Willen der Führer des ADGB der Kongress und seine Arbeit dienen.

Die gewerkschaftlich organisierten Massen schämen die Arbeiten des Kongresses im allgemeinen auch nicht anders ein. Keineswegs ist ein grüblerisches Interesse unter den Arbeitern dafür vorhanden. Es zeigt sich die größte Gleichgültigkeit gegenüber dem „Parlament der deutschen Gewerkschaften“, wie die Reformisten den Kongress bezeichnen. Ganz deutlich kam das in der Befreiung der Metallarbeiter an der Wahl der Kongressdelegierten zum Ausdruck. Die Wahlbeteiligung sank gegenüber den Verbandstagswahlen von 55 auf 40 Prozent der Mitglieder.

Der Kongress hat kein Recht, von sich zu behaupten, daß er im Namen und im Auftrage der 4½ Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften spreche und seine Beschlüsse fasse.

Die Mitgliedermassen sind nicht befragt worden, welche Politik in Zukunft von den deutschen Gewerkschaften durchgeführt werden soll. Es hat keine politische und auch keine organisatorische Vorbereitung des Kongresses in den Organisationen des ADGB stattgefunden. Aus keiner einzigen der 12 000 Ortsgruppen, die von den reformistischen Funktionären beherrscht werden, sind Anträge, die die Probleme des Gewerkschaftskampfes betreffen, an den Kongress gerichtet worden. Von den Hauptvorständen der 35 dem ADGB angeschlossenen Zentralverbänden haben nur die Vorstände der Dachdecker und Bergarbeiter einige nebenästhetische Anträge gestellt. Die Politik der freien Gewerkschaften bestimmen die sozialdemokratischen Minister in der Wilhelmstraße und die „Wirtschaftsdemokraten“ in der Inselstraße. Allein die revolutionäre Opposition in den freien Gewerkschaften ist die aussützende und vorwärtsstreibende Kraft im Kampf gegen die herrschende Ausbeuterklasse. Sie unterbreite dem Kongress eine größere Anzahl Anträge, die zusammenfassend ein revolutionäres Gewerkschaftsprogramm darstellen und die gegenüber den wirtschaftsfriedlichen, bürgerlichen Ideen der Führung des ADGB die marxistischen Grundprinzipien vertreten, auf denen die Gewerkschaften aufgebaut wurden.

Die Kongress-Delegierten wurden in ihrer Mehrheit nicht von den Mitgliedern der Verbände gewählt. Nur in einigen Verbänden mit rund 1½ Millionen Mitgliedern fanden teilweise Urwahlen statt. Auch in diesen Organisationen wurde die Minderheit rücksichtslos unterdrückt, trotzdem es ihr gelang, teils mehr als ein Drittel der gesamten abgegebenen Stimmen auf ihre Vorschlagsliste zu vereinigen. Der Kongress ist darum nicht die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse, sondern er ist das Werkzeug der reaktionären verknöcherten Gewerkschaftsbureaucratie, die die Politik und die Anträge der herrschenden kapitalistischen Klasse durchführt und hierzu den in ihren Händen befindlichen organisatorischen Apparat der Gewerkschaftsverbände mißbraucht.

Infolgedessen werden die hinter der revolutionären Opposition stehenden Millionenmassen nur eine zahlenmäßig schwache Vertretung auf dem Kongress haben. Über aus die wenigen Vertreter der revolutionären klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik werden die Proletariaten ihre Augen richten. Ihre Auseinandersetzungen mit den Vertretern der wirtschaftsfriedlichen, die kapitalistische Wirtschaft födernden Politik werden die Richtung aufzeichnen für den weiteren Kampf gegen die Bourgeoisie und alle ihre reformistischen Agenten. Sie allein werden das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder an den Arbeiten des Kongresses erwecken, ihre Tätigkeit wird das einzige Plus für die Arbeiterklasse sein, das durch den Kongress herbeigeführt wird.

Je weniger der Kongress die Beachtung der Massen findet, desto mehr Beachtung schenkt ihm die Bourgeoisie und ihre Regierungen. Das wird rein äußerlich zum Ausdruck kommen in der Teilnahme der Minister der schwer-

kapitalistischen Koalitionsregierung. Der Traum Peter Graumanns wird in Erfüllung gehen. Gemeinschaftlich werden die Minister der kapitalistischen Regierung mit den Führern des ADGB die Politik der deutschen Gewerkschaften für die nächste Periode bestimmen, wie das seit Jahren in Amerika der Fall ist, und wie es schon im Jahre 1925 von Peter Graumann nach seiner Rückkehr aus Amerika ganz besonders herbeigewünscht wurde. Das Auftreten der Regierungsveteranen, ihr „Interesse“ an den deutschen freien Gewerkschaften werden die Führer des ADGB den Massen hinstellen als einen weiteren Erfolg auf dem Wege zur Vermaterialisierung der Wirtschaftsdemokratie. Der ganze Verlauf der Tagung wird klar und deutlich die wachsende Bindung der Führer der freien Gewerkschaften an den kapitalistischen Staat mit allen seinen Einrichtungen aufzeigen. Die Tagesordnung des Kongresses beweist das. Der Antrag des Metallarbeiterverbandes Sollingen, den Tagesordnungspunkt „Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ zu streichen und an seiner Stelle „Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik des ADGB“ und als weiterer Punkt „Die Strategie und die Methoden des Gewerkschaftskampfes in der imperialistischen Periode der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung“ zu behandeln, zeigt den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der wirtschaftsfriedlichen „Mehrheit“ und der revolutionären „Minderheit“ auf. Der Kongress wird zur Verstärkung des Kampfes zwischen beiden Richtungen beitragen, denn seine Beschlüsse werden endgültig Schlüß machen mit dem Marxismus als der ideologischen Basis der deutschen freien Gewerkschaften. Die revolutionäre Opposition wird auf dem Boden des Marxismus ihren Kampf gegen Reformismus und seine Vertreter mit aller Energie weiterführen. Hinter ihr werden sich die Massen sammeln. Das wird die Mehrheit des Kongresses auch dann nicht hindern können, wenn sie ihren Auskluß- und Spaltungskurs in den Gewerkschaftsverbänden weiter durchführen und wenn sie versuchen sollen, Repräsentanten gegen die Vertreter der revolutionären Opposition auf dem Kongress zu ergreifen, wie das in der Presse bereits angedroht wurde. Gerade durch solche Handlungen wird es den Massen noch besser verständlich, wohin der Weg des reformistischen Gewerkschaftsapparates führt. Je heftiger die Angriffe, desto enger und fester wird sich die revolutionäre Vorhut in den Gewerkschaftsverbänden zusammenziehen. Zu ihr gehört der beste und aktivste Teil der deutschen Arbeiterschaft. Sie ist die Führung der Proletarier in ihrem Klassenkampf. Die reformistische Bürokratie, die sich mit der sterbenden und sich zerlegenden kapitalistischen Gesellschaft verbunden hat, wird gemeinschaftlich mit den kapitalistischen Ausbeutern unter den Schlägen des Siegreichen, revolutionären Proletariats zugrunde gehen. Der revolutionären Opposition, der Führung der aufstrebenden proletarischen Klasse gehört die Zukunft.

27 Mann im U-Boot erstickt

Die Massenversenkung des sozialistischen Militarismus

III. Triest, 9. August.

Am Mittwoch früh gegen 3 Uhr wurde das verunglückte U-Boot „S 14“ in den Hafen von Pola eingekleppt und in ein Dock gebracht. Nachdem die Gischt aus dem Innern der Räume entfernt waren, konnten die Toten geborgen werden. 27 Leichen befanden sich im hinteren Teil des Schiffes, zwei beim Kommandoturm, die übrigen lagen am Bug. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt entgegen den bisherigen Meldungen 27. Einzelheiten über die letzten Augenblicke der Eingeschlossenen wird jetzt die letzte Wacht auf den Sterbenden an die Rettungsmannschaft bekannt, die folgenden Wort lautet: „Wir sind im Bug. Das Gas dringt vor. Wir sterben.“

Über die letzten Ereignisse bei der Unterseeboot-Tragödie liegen noch folgende Einzelheiten vor:

Unter Führung des Admirals Falchine wurden die Hebungsarbeiten fieberhaft durchgeführt in der Hoffnung, doch noch einige Leute der Besatzung des Unterseeboots retten zu können. Trotz der hochgehenden, stürmischen See, die mehr als einmal die Ursache war, daß die Arbeiten unterbrochen werden mußten, gelang es den Tauchern schließlich, Stahlstäbe, sowie eine in das Unterseeboot fliegende Luftverbindung anzubringen. Auf diese Weise wurde auch eine telefonische Verbindung mit der eingeschlossenen Besatzung hergestellt. Die Belastung des Unterseeboots forderte dringend Hilfe, da sie nicht glaubte, es noch viel länger im Unterseeboot aushalten zu können. Nachdem sich die See einigermaßen beruhigt hatte, begann man gleich mit der Hebung des Bootes. Im Laufe des Abends war das Unterseeboot bis auf 10 Meter unterhalb des Wasserspiegels gehoben worden, als plötzlich die telefonischen Signale aufhörten. Die Hebungsarbeiten wurden infolgedessen, soweit das überhaupt noch möglich war, beklungen. Um 18.30 Uhr war das schwere Werk endlich gelungen. Das Unterseeboot befand sich an der Oberfläche. Die Leute wurden aufgesucht, aber die 25 Mann starke Besatzung, sowie die wasserstoffverglaste Scheibe nach den bisherigen Feststellungen die Todesursache bei dem größten Teil der Leute gewesen zu sein.

Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Die Opposition gegen die falsche Politik des Verbandsvorstandes

Am 6. August wurde im Kölner Messegebäude der 11. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter eröffnet. Unter den üblichen Begrüßungsansprachen ist eine Rede des Vertreters des Preußischen Innensenministeriums, Ministerialrat Simons, hervorzuheben, der behauptet, daß es im "neuen Staat" nicht mehr nötig sei, den Kampf mit aller Schärfe zu führen, da ja die Gemeinde- und Staatsarbeiter der Allgemeinheit dienen.

Schumann (Deutscher Verkehrs Bund) spricht von dem nicht immer ungetrübten Verhältnis zwischen seiner Organisation und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband. Bei der Verschmelzungsfrage haben sich eine Reihe Schwierigkeiten herausgestellt. Nach der Ehrung zweier Jubilare, des Redakteurs Dittmer und des Gauleiters Altmayer, erfolgte die Wahl der Leitung der Mandatprüfungskommission und der Beisitzer. Die Anträge der Opposition, je einen oppositionellen Kollegen mitzuwählen, wurden mit Mehrheit abgelehnt.

Kollege Büßer, Köln, fordert vom Verbandstag, daß neben der offiziellen Einladung der Kölner SPD auch die KPD eingeladen würde.

Kollege Beutler (Opposition) kritisiert, daß der Verbandsvorstand nicht auch die sowjetrussischen Gemeinde- und Staatsarbeiter eingeladen habe.

Daraus erstattet das Vorstandsmitglied Müntner den Bericht. Daraus ist erwähnenswert, daß Müntner eingangs feststellte, daß sich bis in die letzte Zeit hinein der Ansturm des Privatkapitals auf die kommunalen Betriebe verstärkt habe. Die Rationalisierung habe in den öffentlichen Betrieben ebenfalls Fortschritte, und nur auf Kosten der Arbeiter gemacht. So seien z. B. im Berliner Gaswerk bei gleichbleibender Leistung im Jahre 1913 7500, im Jahre 1923 5820 und 1926 nur mehr 3152 Arbeiter beschäftigt gewesen. Gegen eine vorläufige Rationalisierung müsse der Verband auftreten.

Die Lohnverhandlungen mit den Reichsbehörden seien unbefriedigend gewesen. Wir wenden uns besonders gegen das Verfahren der Anlehnung an die Metallarbeiterlöhne. Müntner sprach auch sein Erstaunen darüber aus, daß in dem heutigen Staat (!) noch Gemeinde- und Staatsarbeiter gehandelt würden.

Zur Tarifpolitik übergehend bemerkte er, daß bei dem neuen Reichsminister für die Straßenbahnen einige Verbesserungen in Aussicht genommen werden müßten. Zuletzt verfaßte er den Delegierten bei dieser wichtigen Frage zu sagen, watum dann diese Verbesserungen geschafft werden müssen. Die Wahlpropaganda des Verbandsorgans "Gemeinschaft" für die Sozialdemokratische Partei wird von Müntner gedeckt. Den größten Teil seiner Ausführungen verwandte Müntner auf die Frage der Verschmelzung mit dem Eisenbahnerverband und dem Verkehrsverbund. Er stellte fest, daß seit dem Breslauer ADGB-Kongress man in der Frage der Industrieverbände in einer immer größeren Sackgasse geraten ist. Die Schwierigkeiten seien heute so groß, daß wohl in absehbarer Zeit mit der Schaffung eines Großverbandes nicht zu rechnen sei. In der Nachmittagsitzung erstattet der Hauptfunktionär Ruppert den Rahmenbericht. Der Verband zählt 236 989 Mitglieder. Für das Geschäftsjahr 1927 wurden pro Kopf der zahlenden Mitglieder ausgegeben:

für Streikunterstützung 4,7 Pf., für Gewahrsamunterstützung 2,5 Pf., also für reine Kampfmittel im Jahre 1927 zusammen 7,2 Pf. Demgegenüber wurden ausgegeben: für Arbeitslosenunterstützung 74,3 Pf., für Krankenunterstützung 342,9 Pf., für Sterbeunterstützung 81,6 Pf.

Die beiden Posten, gegenübergestellt, beweisen deutlich die Tendenz, die von der reformistischen Gewerkschaftsführung verfolgt wird. Anstatt Kampforganisation zu sein, werden die Verbände immer mehr zu reinen Unterstützungsorganisationen, die dem bürgerlichen Staat seine Pflichten abnehmen und damit auch den Unternehmern die Sozialausgaben in hohem Maße ersparen. Bemerkenswert ist noch die Tatsache, daß gegenüber den 7,2 Pf. für Kampfmittel 45,8 Pf. für Gehälter, also über das Dachte, ausgegeben werden. Das sind Tatsachen, die jedem Delegierten zum Nachdenken anregen und ihn veranlassen müssen, für eine andere Arbeit des Verbandes Sorge zu tragen. Diese Linie der Unterstützungsorganisation wird jetzt noch ausgeprägter durch die Einführung der Invalidenversicherung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.

Der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Lang, verteidigt den Ausschluß oppositioneller Kollegen, die nur ihre Meinung gelassen haben.

Nach den Feststellungen der Mandatprüfungskommission sind 225 Delegierte, 11 Verbandsmitglieder, 1 Redakteur, 1 Verbandsausschusshauptmitglied, 1 Revolut und 24 Gauvorsitzende anwesend.

Darauf ergreift als erster Diskussionsredner zum Geschäftsbericht der oppositionelle Kollege Moldmann, Berlin, das Wort. Er führt aus:

"Verbandstage sollen Marathone der Organisation sein. Sie sollen den Zweck haben, zu prüfen, was in der Vergangenheit geleistet worden ist, um in Zukunft bei festgestellten Mängeln neue und bessere Wege einzuschlagen. Seit Frankfurt hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft eine schwarze Offensive der Unternehmer über sich ergehen lassen müssen. Die tapi-

talistische Rationalisierung ist nicht nur ein Schlagwort, wie Kollege Müntner es hinkölle, sondern eine bittere Tatsache, die der Arbeiterschaft viele Kosten aufgeburdet hat. Wir stellen fest, daß die Unternehmer in diesen Jahren riesige Profite eingestellt haben. Wie sich die kapitalistische Rationalisierung auswirkt, hat Müntner an dem Berliner Beispiel gegeben müssen. Wie war das möglich, daß trotz steigender Mitgliederzahlen die Betriebsführung nicht die Löhne so steigern konnte, wie es der Teuerung entsprach? Schuld daran ist die Gewerkschaftsführung.

Die nur auf das Verhandeln und auf die Schlüpfungspraxis eingestellt ist. Wir verneinen die Schlüpfungspraxis und fordern, als Opposition den Kampf gegen diese Abwürgungsmaschine, die nur die Gewerkschaftsführung grundlegend eine andere wird und auf den Kampf eingestellt ist, wird für die Arbeiterschaft etwas Positives herausgeholt werden können. Der Kampf ist notwendig zur Herbeiführung des Arbeitskundenlages bzw. der 45-Stunden-Schicht für Verminderung der Rechte der Betriebsräte, für Erhöhung der Reallohn, für einen Mindestlohn der Akteure und Zeitarbeiter für den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und das Schlüpfungswohl. Solange die Verbandspolitik nicht in dieser Linie verläuft, sind wir mit der Politik des Vorstandes nicht einverstanden. Darauf wird die Sitzung vertagt.

Unternehmerdiktaturen beim Landesarbeitsamt

Der Landesausschuß der Erwerbslosen erklärt

Von Rudolf Reichelt

Als im Januar d. J. auch in der sächsischen Hüttenindustrie der Kampf um die Arbeitszeit eingesetzt, wurden auch im Lauchhammerwerk in Riesa hunderte von Arbeitern auf das Strafenspätzler geworfen, weil sie sich weigerten, auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers länger als 8 Stunden für den Unternehmer zu schaffen. Den Arbeitern wurde auf ihren Entlassungspapieren bestimmt, daß sie freiwillig die Arbeitszeit verlängern hätten. Obwohl nun zu dieser Zeit am 3. und 4. Januar der offizielle Kampf zwischen den beteiligten Organisationen noch nicht ausgebrochen war, verweigerte das Arbeitsamt Riesa und andere beteiligte Arbeitsämter den Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung auf Grund des § 94 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der Arbeiter Oehlisch aus Riesa bei Oschatz gab sich mit diesem ablehnenden Bescheid nicht zufrieden und eroberte Beschwerde beim Landesarbeitsamt in Dresden. Mit der Vertretung seiner Beschwerde vor der Landesprüfungskammer holte der Kollege Oehlisch den Vorsitzenden des Landesausschusses der Erwerbslosen Sachsen, den Genossen Reichelt-Dresden, beauftragt. Am 22. Juni, also nach fast einem halben Jahre, fand endlich die Verhandlung vor der Landesprüfungskammer statt. Nachdem der Genosse Reichelt in der Verhandlung die erteilliche Anwendung des § 94 des AWV durch die Arbeitsämter nachgewiesen hatte, beantragte er, den § 93 desselben Gesetzes in Anwendung zu bringen und erinnerte in Anbetracht der damals gegebenen besonderen Umstände um Anwendung des Abschlusses 2, der eine Herabsetzung der Karrenzeit auf 14 Tage zulässt. Die Landesprüfungskammer schloß sich den Darlegungen des Genossen Reichelt an und fügte nach kurzer Beratung folgenden Spruch:

Ausdrückung: Wohlrich
Nr. 06 Sp.

zu Namen des Volkes

In der Arbeitslosenversicherungsschule des Körpers Adolf Oehlisch in Oschatz, Reichsamt für Arbeitssozialisation und Arbeitslosenversicherung in Berlin, bei der Sprudelkammer beim Landesarbeitsamt Sachsen in Dresden in der Sitzung vom 22. Januar 1928, an der teilgenommen haben als Vertreter: Rechtsanwalt Dr. Oehlisch, als Beisitzer aus dem Kreis der Arbeitgeber: Techn. Beamte Ferdinand Thümmler (Welsch), ein Beisitzer aus dem Kreis der Arbeitnehmer: Versorgungsstellen Alfred Haasenberg (Weinberg) auch während der Verhandlung nie recht erkannt:

Unter Aufsicht der Freiheitspartei des Reichsgerichts der Sprudelkammer vom 7. Mai 1928 und der Sprudelkammer beim Reichsamt für Arbeitssozialisation vom 26. 3. 1928 wird die Sprudelkammer bis zum 14. Tage befreit.

Tatsache: Am 1. Jahr 1927 gebrauchten Kläger, von Beruf Autoläger, in durch Besitzung des Vorstandes des Arbeitsamt Oehlisch die Arbeitslosenunterstützung abgelöst worden, so fraglich war, ob die Arbeitslosigkeit mit einer Ausprägung im Zusammenhang stand. Der vom Kläger beigelegte Urkunde vom 20. Februar 1927 ist vom Sprudelkammer Oehlisch am 26. 3. 1928 als unbegründet zurückgeworfen. Hiergegen rief das Arbeitsamt Oehlisch in der vorstehenden Anwendung an, daß ein Arbeitsamt nicht vorgeben kann, daß ein Arbeitnehmer nicht beschäftigt habe. Der Vorstand hat zunächst durch Vorentscheidung wegen Zuvielzahl die Beurteilung zurückgeworfen. Hiergegen hat der Kläger Antrag auf mündliche Verhandlung gestellt. In der mündlichen Verhandlung vor der Sprudelkammer vor der Kläger vertreten:

Er habe: Was zunächst die Vorentscheidung des Vorstandes betrifft, so möchte ich auf Grund der inneren organisierten grundsätzlichen Entscheidung des Sprudelkammer verzichten. Hierzu mußte die nach § 190 AWV geforderte und auch rechtlich eingetragene Beurteilung nach Sprudelkammer teilweise bestätigt werden. Wenn die Sprudelkammer Oehlisch seine Entbehrung in eingehender Weise bestätigt hat, daß ein Arbeitsamt vorgelegt, so sowie die Sprudelkammer dem nicht bestätigt. Wie aus der Beurteilung der Kläger hergeht, hat der Kläger freiwillig die Arbeitszeit verlängert, und zwar ist die Sicherheit dabei folgendes gewesen: Der Arbeitgeber ist die Höchstzeitlichkeit nur am 31. 12. 1927 abgelaufen. Arbeitgeber hätte der Reichsbeamtenminister das Interesse der Bevölkerung, nach der für die Arbeitnehmer die erforderliche Arbeitszeit eingetragen sollte, aufzulösen. Daraufhin hatten die Mittelschulden Stahlwerke auf Grund von § 3 AWV eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden angeordnet. Hiermit sollte die Arbeit nicht verringert werden. Die Sprudelkammer forderte dies nicht als einen Streit an, wohl aber bestimmt auf den Kläger g. zu erwachsene Anwendung zu finden. Wenn die Sprudelkammer dabei die Beurteilung auf 14 Tage herabgesetzt hat, so hat sie

die Klage der Umstädter bewogen, daß die Art der rechtlichen Auswirkung des § 3 AWV in Theorie und Praxis sehr stark unterscheiden. Es doch man den Kläger schädigen kann, daß er derart die Sache glaubte, berechtigt zu sein, eine Arbeitsschicht aus einem wichtigen Grunde aufzugeben. Da der Kläger jedoch nur zum Teil Recht erhalten hat, daß die Sprudelkammer davon absehen, hat der Kläger nichts zu erhalten.

Auf Grund dieses Urteils erhält Oehlisch die Erwerbslosenunterstützung für etwa 9 Wochen nachgezahlt. Durch diesen Urteil wurde aber nunmehr auch die übrige Belegschaft des Lauchhammerwerkes mobil gemacht und erinnerte sich daran, daß noch etwa 300 Kollegen von der Erwerbslosenversicherung etwas zu beanspruchen hatten. Die im Frühjahr kommenden Kollegen verlangten nunmehr von DWB Verwaltungsstelle Riesa, daß er nun seinerseits dafür Sorge trage, daß den übrigen Kollegen die Unterstützung ausgezahlt werde. In einer vom DWB und dem Betriebsrat des Lauchhammerwerkes einberufenen Versammlung der interessierten Kollegen, in der auch Genosse Reichelt vom Landesausschuß der Erwerbslosen anwesend war, gab der Kollege L. vom DWB einen Bericht über den Stand der Dinge und führte darüber folgendes aus: Das Arbeitsamt Riesa habe bisher keine definitive Entscheidung getroffen, es habe die Entscheidung der höheren Instanzen abwarten wollen. Nach Bekanntwerden des Urteils im Hause Oehlisch habe nunmehr der Deputiert für das Arbeitslosenversicherungswesen bei der Amtshauptmannschaft Riesa die unterstellten Arbeitsämter anweseten, den beteiligten Kollegen die Unterstützung nachzuzaubern. Das sollte am Sonnabend den 21. Juli erfolgen. Nun jedoch etwas eigenartig. Die Direktoren des Lauchhammerwerkes hatten von der bevorstehenden Auszahlung der Unterstützung an die Arbeiter Kenntnis erhalten und erhoben nun ihrerseits Einspruch beim Landesarbeitsamt gegen die beabsichtigte Auszahlung.

Das Landesarbeitsamt hatte nichts eiligeres zu tun, als diesem Wunsche der Unternehmer, durch den die Arbeiter wieder geschädigt werden sollten, Rechnung zu tragen und verfügte die vorläufige Auszahlung der Auszahlung der Unterstützungen. Auf Anfrage von Kollegen L. beim Landesarbeitsamt wurde ihm mitgeteilt, die Verfügung sei erlassen worden, weil alle anderen Fälle anders lagen als der Fall Oehlisch.

Somit geht der Bericht des Kollegen L. in der Versammlung. Nachdem Genosse Reichelt dann noch einen ausführenden Bericht über die Verhandlungen vor der Landesprüfungskammer gegeben hatte, wurde die Ortsverwaltung des DWB beauftragt, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die beteiligten Kollegen zu ihrem Rechte kämen. Am nächsten Tage, am 21. Juli, hielt es nun der Genosse Reichelt als keine Wicht, beim Präsidenten des Landesarbeitsamtes um Auszahlung der Unterstützungen vom Landesarbeitsamt verhindert werden sei und ob das auf das Vorgehen der Unternehmer zurückzuführen wäre. Überstreichenderweise erhält Genosse Reichelt von dem Präsidium die Antwort, daß ihm davon gar nichts bekannt wäre, er wolle sofort Erfundnaomen einsetzen. Nachdem Genosse Reichelt noch auf das ungeheure Vorgehen des Unternehmers hingewiesen hatte, wurde ihm vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes, daß es nicht möglich ist, ohne die Klägerin die Klägerin zu entschädigen und sie auf die Sicherheit darf folgendes gewesen: Der Arbeitgeber ist die Höchstzeitlichkeit nur am 31. 12. 1927 abgelaufen. Arbeitgeber hätte der Reichsbeamtenminister das Interesse der Bevölkerung, nach der für die Arbeitnehmer die erforderliche Arbeitszeit eingetragen sollte, aufzulösen. Daraufhin hatten die Mittelschulden Stahlwerke auf Grund von § 3 AWV eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden angeordnet. Hiermit sollte die Arbeit nicht verringert werden. Die Sprudelkammer forderte dies nicht als einen Streit an, wohl aber bestimmt auf den Kläger g. zu erwachsene Anwendung zu finden. Wenn die Sprudelkammer dabei die Beurteilung auf 14 Tage herabgesetzt hat, so hat sie

Kleidung bei der frühen Witterung auf dem Platz umher, deren Güter in prunkvoller Uniform mit präsentiertem Gewehr strammstanden. Wir roten Radikale waren gezwungen, infolge verstopfter Straßen der Sache unfreiwillig beizuhören. Der Vorhang erweckte in uns den Wunsch, mit einer guten Demonstration Roter Frontkämpfer bald entgegenzutreten. Wenn der RFB auch kleine Gewichte wie die Radikale gehabt hätte, so hätte er doch Arbeiterrufe und revolutionären Kampfgeist demonstriert erfüllen?

Ein Solidaritätstag der JUH in Hellerau

findet am kommenden Sonnabend dem 11. August auf dem Platz vor dem Spielhaus (Rhythmus-Schule) statt. Mitwirkung und Aufführungen der Roten Käppen und der Erwachsenenkapelle statt. Da der Eintrittspreis nur 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder beträgt und dafür ein reichhaltiges Programm geboten wird, ist der Besuch sehr zu empfehlen.

Solidaritätstag in Freital. Am kommenden Sonntag nachmittag findet im Kinderheim der JUH die Jahresfeier des JUH statt. Roten allerlei Kinderfestlichkeiten und Überraschungen finden Darbietungen der Roten Käppen und der Erwachsenenkapelle statt. Da der Eintrittspreis nur 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder beträgt und dafür ein reichhaltiges Programm geboten wird, ist der Besuch sehr zu empfehlen.

Tharandt. Fest der Arbeit. Am 11. und 12. August findet einmalig in unserm Orte ein Fest der Arbeit durch das Ortskärtchen statt. Programmatisch widelt sich die Verantwortung bei Gottesdienst am Sonnabend den 11. August, 20 Uhr, in Schule Hintergut in Tharandt. Kommissar, gesangliche, turnerische, radikalpolitische Vorführungen, Ansprache. Sonntag den 12. August, 8 Uhr, Rommel, 9 Uhr Gottesdienst, 12.30 Uhr Stellen Sportplatz Altpappenhügel, dafelbst gelungener turnerische und handballsportliche Darbietungen. Für die Kinder ist in reichlicher Masse für Spiel und Unterhaltung gesorgt. An alle Einwohner ergeht der Ruf, durch massenhafte Beteiligung für ein Gelingen des Festes mit begeistert zu sein. Der Festausschuss



Ein vom Blitz gerissener Schornstein durchschlägt das Dach

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich durch das Unwetter in einer Bamberger Fabrikalstange. Der große Fabrikorschornstein wurde von einem Blitzaufschlag getroffen und stürzte ein. Die Trümmer fielen auf das Dach, durchschlägten es und richteten in den Fabrikträumen schweren Schaden an. Unsere Aufnahme zeigt die Trümmerstätte, an der nichts mehr ganz geblieben ist.



Antifriegsfundgebung in Birna

Sonnabend, den 11. August / Stellen am Volkshaus

NSDAP und SPD

Nachtberufe

Ein Auge der schlafverzweigten Arbeit

VI. Reisende

Die Wenn zwei daselbst tun, ist es nicht dasselbe! Ein anderes ist das Reisevergnügen des globetrotzenden Bourgeois, ein anderes das Reisen des Geschäftsangestellten. Der Reisende, oder wie er sich in einer Art selbstverständlicher Größenwahn nennt; der reisende Firmenvertreter gehört zu jener Kategorie, für die das Reisen kein Vergnügen ist. Als typischer Stofffragenteilnehmer wird er, der Geschäftsmittende, natürlich immer wieder zuerst die Belange seines „Chefs“, seiner Firma“ wahren, sogar gegen das eigene Klasseninteresse, das ihm kaum zum Bewusstsein kommt. Schuld davon sind eine bestimmte, schier gebogene Lebensführung, wie sie mitunter in Ausübung dieses Berufes in Errscheinung tritt, die Abhängigkeit von der politischen Reinigung der Kundin und dem Chef, die mangelhafte Organisation und, soweit sie besteht, der Mangel bestimmter örtlicher Zentren, welche infolge des nomadistischen Lebens, was naturgemäß die Solidarität nicht fördert. Der ausgewanderte Proletäritätsgeist innerhalb der Kategorie der Geschäftsmittelnden ist „der Provinzionsreisende auf Städteour“¹. Seinen empfängt er ein fernes Gehalt und ist nur auf eine projektive Beteiligung an dem von ihm erzielten Umlauf angewiesen. Innerhalb dieses Systems ist er keins an die Reihe gelegt. Gelingt es seiner „Tüchtigkeit“, den Umlauf zu steigern, so steht ihm die Firma in der Lage, die Preise für den betreffenden Artikel eventuell zu erhöhen, so daß für ihn der Endeffekt deselbe ist wie vorher. Nur „ganz gute Krüfte mit nachweisbar guten Erfolgen“ erhalten mitunter ein Fixum. Die Errichtung der Speien empfängt keinen den wirklichen Ausgaben. Die Geschäftsmittelnden grüner Firmen aber, die besser bezahlt werden, gehen ihrerseits wiederum dazu über, sog. Reisen- und Kolonnen zu formieren, denen sie als Überreisende vorstehen, und auf die Mitglieder dieser Kolonnen fällt nun alles Obengekötigte zugunsten der Überreisenden zurück. Von allen Handelsangestellten wird wohl keine Kategorie mehr ausgebildet als der Provinzionsreisende, obwohl er bei der untermalten Bindung aller Industrie an den Mercantilismus wesentlich beteiligt ist, durch „Bearbeitung“ gewonnener und noch zu gewinnender Kundin und am Aufbau des Geschäfts. Aus Ersparnisgründen wird der Geschäftsmittelnde fast immer die Nachfrage benutzen. Sein Quartier ist heute hier und morgen dort. In Hotelzimmern, die er unendliche Male gesehen hat, in denen immer wieder dieselbe monotone unpersönliche Atmosphäre herrscht, mit denselben Goldstücken, in denen er den alltäglichen Neigungen seiner „Geschäftsfreunde“ Beispielen tun muß, um einen Abschluß zu tätigen. Doch bei dieser Art Leben, in dem die Menschen nur als „Abhängigkeiten“ in Frage kommen, Verarmung des persönlichen Ledens die Folge ist und sein muß, liegt auf der Hand. Von einem familiären Leben kann natürlich ebenfallsweise die Rede sein. Eine Besserung dieser Verhältnisse ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich. Aufschlußreiches über dies Thema und dessen Grenzgebiete findet sich in dem empfehlenswerten Buche „Der unbekannte Diktator Thomas Bat'a“ von Rudolph Philipp im Agfa-Verlag Wien-Berlin. Der mangelhafte Zusammenhang der Reisenden in bürgerlichen Organisationen kann, wie schon bemerkt, keine Besserung bringen. Die hugenbergschen Tendenzen in diesen Organisationen machen den Geschäftsmittelnden immer mehr zum besseren Geschäftsmittelnden. Die Tatsache, daß das größte Kontingent für diesen Beruf sich aus der Riesenzahl der stellungslosen Kaufleute rekrutiert, die durch die Angst vor dem Hungergespenst zur Annahme jedes Dictatos bereit sind, tut ein weiteres. Und so vertrauen Tag um Tag, Nacht um Nacht Tausende von „Reisenden“ ihr Leben den rollenden Menschenfallen Dornmühlens an, um den Profit kapitalistischer Magnaten und Aktiönen ins Ungeheure zu steigern, während sie sich mit Brocken begnügen müssen. Wenn zwei daselbst tun, ist es nicht dasselbe! Ein anderes ist das Reisevergnügen des globetrotzenden Bourgeois, ein anderes das Reisen des Geschäftsmittelnden.

Schenerfrauen

Wenn sich die Votale nach Mitternacht geleert haben, wenn die Bahnhäuser nicht die Riesenfüße des lebhaften Verkehrs aufzuweisen haben, wenn die Straßen aussehen wie leergeleert, beginnt die triste Arbeit eines großen Teils der Schauerfrauen. Wer weiß ihre Arbeit vollkommen zu würdigen? Wer erkennt, daß Haber und Seien wichtige Instrumente innerhalb der Gesellschaft sind? Die Arbeit ist so unangenehm und unerträglich, daß es... sich ja kaum lohnt, sie wertvoll zu empfehlen. Um sich einmal dem Umfang und die Bedeutung dieser Arbeit in vollem Maße klarzumachen, erinnere man sich eines geradezu grandiosen Bildes, das Martin Andriksen-Negó in seinem „Velle, der Großer“ entworfen hat. Er spricht da an einer Stelle von den Mülltütchern, der männlichen Kategorie des gleichen Berufes. Jeder verachtet sie, jeder stellt sie auf den letzten Platz. Wenn aber einmal alle diese Arbeiter ihre Tätigkeit einstellen, nur auf eine Woche, auf drei Tage, auf einen Tag nur, dann erst würde man voll und ganz begreifen, was sie wert sind. Straßen und Kanalisation würden im Schmutz

ersticken und die übelsten Dürste würden dem arroganten Bourgeois in die trockne Kehle steigen. Und genau so ist es mit den unscheinbaren, ewig mit gekrümmtem Rücken hin- und herhuschenden alten Weibstein, die mit Haber und Seien den Untsal und Untsal der Stadt befreite räumen. Für wenige Groschen schleppen sie die schwappenden Eimer mit dem schmutzigen Wasser vorbei an den knutschenden Liebespaaren in den Winkeln. Vielleicht darüber dann eine ferne Erinnerung die Schauerfrau. Auch sie, eins häßlich und unworthen und Hoffnungswoll, und nun vernekt von der kapitalistischen Gesellschaft, die es für vereinbar hält, Nutzertage zu begehren und gleichzeitig einem Großteil proletarischer Frauen, die Männer sind, den Schlaf zu streben, um für wenige Groschen den Druck befreite räumen zu lassen, der im „Diktat der Städte“ herumliegt. Erst wenn diese ganze überdrückte Bourgeoisie mit eisernen Beinen hinweggetragen wird, erst dann wird die Arbeit der Schauerfrauen sinnvoll sein und als notwendig gehabt und gewürdigt werden.

Telegraphisten

Tag und Nacht bewegt sich der Taster des Morseapparates. Auf das weiße Papierband zeichnet der Stift Punkt an Punkt, Strich an Strich. Nachrichten laufen auf diese schon beinahe veraltete Weise, Telefunken und Radio und Rundfunkersatztafel machen scharfe Konkurrenz um den Erdball. Der Telegraphist lebt ist fast nur ein Teil des Morseapparates geworden. Was er vor sich sieht, zählt vom Hinaus aus in die Finger spitzen durch den Zauber, und auf den Energien des elektrischen Stromes, über die fingenden Drähte gespannt, von einem summenden Mast zum anderen hinaus in die Welt. Todeshaut — Geburt — Börsenalarm — 50-jähriges Jubiläum — Dampfmülleratastrophe — niedergeschlupfte Volksspröfung — apostolischer Segen des heiligen Vaters — Steckbrief eines Postbüros — alles, alles liegt in einer einzigen Kraft an der Tastatur durch sein Hirn. Die Lügen der herrschenden Klasse, die Aufschreie der Unterdrückten, die Bewilligung des Kapitals, die Schindung der Armut, dies alles formt sich, ballt sich zu Säulen und passiert die tippenden Finger des Telegraphisten. Und indem er eben direkt einen wohlgelungenen Ton, einen neglierten Rauschug des steinreichen Börkers, L. Punkt, Punkt — Strich, Strich — auf das weiße Papierband zeichnet, einen Rauschug, der „aus Gang“ ging, im selben Augenblick überlegt der kleine Telegraphenbeamte vielleicht, wie er seinen Familienverpflichtungen in Anbetracht eines fälligen Lohnes gerecht werden soll. Denn so lehr Schäkel geneigt ist, bei seinen weiblichen Angestellten zu verlängern — die Röde nämlich —, so wenig ist er geneigt, nicht zu fürzen — bei den männlichen halbwartigen Angestellten — die Gehälter nämlich. Und so liegt der Telegraphist am Morseapparat des kapitalistischen Staates und hat erst wirkliches Anteil zu erwarten an allem, was „durch seine Finger geht“ — wenn auf den fingenenden Drähten, gespannt von einem summenden Mast zum anderen, der Ruf „An alle“ laut.

Wohin gehe ich morgen?

In die Annenjäle Dresden, Fischhofplatz, zur

Wintertagestundgebung

verbunden mit Erstaufführung des proletarischen Großfilms „Weltentwende“ (Bilder aus dem Krieg und der Revolution) und Aufführung einer Antikriegsrevue der „Roten Raketen“. Eintritt 50 Pf., für Erwerbslose 30 Pf. Die Eintrittskarten der IAGS, gelöst zur Filmvorführung im Volkshaus am Freitag, dem 4. Mai, haben zu dieser Veranstaltung Gültigkeit.

Zeugen gesucht! Personen, die am 20. März 1928 zwischen 11 und 12 Uhr den Tumult in der Straßenbahn der Linie 10, die nach Nieden fuhr, gelesen haben, werden gebeten, ihren Namen umgehend an H. Weizenmann, Könnig, Berliner Straße, einzutragen.

Ungetreuer Buchhalter. Wegen umfangreicher Beträgerien, Unterschlagungen zum Nachteil eines böigen industriellen Unternehmens wurde am 6. 8. dieses Jahres ein 40 Jahre alter Buchhalter von hier von der Kriminalpolizei festgenommen. Die einzelnen Beträgerien, die teilweise bis zum Jahre 1925 zurückliegen, und die nach den bisherigen Feststellungen circa 20.000 Mark betragen, hat der Freiwilligene durch falsche Einträge in die Geschäftsbücher zu verheimlichen gewußt.

Trennung der Haltestellen am Stübelplatz. Heute Donnerstag den 9. d. M. werden die Haltestellen am Stübelplatz getrennt und für jede Fahrtrichtung vor die Kreuzung gelegt.

Die Leichenhalle

Der unbekannte Diktator Thomas Bat'a.

Der freie Journalist Rudolph Philipp hat im Agfa-Verlag, Wien-Berlin, ein wirtschaftspolitisches Buch „Der unbekannte Diktator Thomas Bat'a“ ertheilen lassen, das für das Proletariat zu lesen außerordentlich nützendringend sein wird. Die 450 Seiten liefern den ganzen Kampf eines der politisch geistig und mit außerordentlichem Nachdruck ausgerüstet gegen den Industriemagnaten Bat'a. Thomas Bat'a ist der Förd der Tscheche. Weit mehr: er ist der Lieberford der Tscheche. Den bei Bat'a erhält der Arbeiter einen noch kleineren Teil seiner Arbeit bezahlt als bei Ford. In Jin (der Metropole des Bat'a-Systems) trägt der Arbeiter auch noch das Verlustkonto. Bat'a treibt den Arbeiter zu immer größeren Leistungen, wobei die effektive Einkommenshöhe nie die Höhe des Lohnes für gleiche Leistungen in anderen tschechoslowakischen Schuhfabriken erreicht. Jin ist ein Detroit (Metropole Ford) ohne hohe Röhne. Ein Rückschau ohne Rüte, der demgemäß die Umgegend entsetlich verpestet. Bat'a ist über die Leiber von Millionen, deren Existenz er in den Dreck drückt, vom kleinen Pantofelbausterer aufgestiegen zum bedeutendsten Industriekapitätm², der heute nicht nur die Preise der Schuhe Europas, sondern auch die Lohnhöhe der Arbeiter und Angestellten der Pederindustrie distanziert. Ohne Bankkapital in Anspruch zu nehmen, gelang es ihm innerhalb von knapp drei Jahren, seine Jahresproduktion von etwa 3.000.000 Paar Schuhen auf 22.500.000 Paare hinaufzusetzen. Diese kolossale Produktionssteigerung gelang fast ohne Vermehrung der Belegschaften — ja, bei Abbau der qualifizierten Arbeiter und bei Einstellung von ungelehrten Jungen und Mädchen. Rudolph Philipp, der die Verhältnisse unter dem Bat'a-System eingehend studierte (was wichtig ist, er beherrschte die tschechische und serbische Sprache und ist mit der Struktur des vielfältigsten Proletariats des ehemals habsburgischen Doppelmonarchie sehr vertraut), bringt in seiner Kämpferzeit eine Fülle von kritischem Material, von Lohnlabellen, fassimilierten Dokumenten, Arbeits- und Angeklagtenkorrespondenzen, Zeitungsartikeln, Protokollen. Trotz dieser Fülle von allerdings nur teilweise, spärlichem Stoff liest Rudolph Philipp's Buch wie eine spannende Reportage. Egon Erwin Kisch. Doch lenkt Philipp dadurch niemals vom Kern der Sache ab. Dabei versteht er es glänzend, Bat'a als Kronzeugen gegen Bat'a zu vernehmen, z. B.

Rundschreiben Nr. 217 C. Jin, am 10. 5. 32.

Das Herz unserer Verkaufsstellen wollen wir in der nächsten Saison verdoppeln. Das Auslandsgeschäft werden wir vervielfachen.

Frage an das Dresdner Volkshaus

(Arbeiterkorrespondenz)

Ist es wahr, daß die Arbeitersstimme, ein Blatt der werktäglichen Bewilligung, deshalb nicht unter den Zeitungen im Dresdner Volkshaus zu finden ist, weil sie lachlich und vereitigte Kritik an verschiedenen Modelnwerten Vorstellen geübt hat? Ist es weiter wahr, daß man Bitten auf ihre diesbezüglichen Anfragen die Antwort gibt, die jeweils gefügte Nummer ist „gestohlen“ worden, obgleich seitdem, das diese nach Einlieferung durch die Aussträgerin überhaupt nicht ausgehängt worden war? U. u. w. g.

Überfüllte Freidenkerversammlungen

28 Jahre im Nonnenloch

War schon die vom Unterbezirk Groß-Dresden im Verband für Freidenkerium und Feuerbestattung veranstaltete öffentliche Versammlung in Stieglitz überfüllt, so war der Andrang der Massen zu der Versammlung im Gaffhof-Wolfsburg am Dienstag so groß, daß der überfüllte Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden. Die Anfragen vor dem Gaffhof trieb das Überfüllungsmandat auseinander. Die nächsten Versammlungen, in denen Genossin Maggi Krugger ihr Lebensgeschicht erzählt, finden am Donnerstag im Gaffhof Leuben und am Freitag im Fabrikement Wante, Bischöflich, statt. In nächster Zeit werden die Vorträge in allen Stadtteilen wiederholt.

Bon der Baustelle Ehrlich, Birna-Reudorf

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 18. 6. 28 wurden wir vom Arbeitsamt Pirna nach Pirna-Reudorf zur Arbeit beordert und begannen dort mit Ausbildungsarbeiten im Flughafen der Gottlob. Es wurde uns ein Stundenlohn von 1.08 Mark versprochen. Doch lügen haben kurze Beine. Als die 1. Lohnwoche um war, hatten wir für 97 Pf. die Stunde gearbeitet. Wir hielten das dem Unternehmer vor, doch sollten wir heute noch die Antwort bekommen. Aufsichtspersonen waren die zwei Ehrlich, Bauer und Sohn und der Schwager von Ehrlich, gebürtig in Fürstenwalde an der böhmischen Abwendung. Immer hatten diese „Herren“ etwas an der Arbeit auszuleben. Ich kann ihnen nur empfehlen, einmal selbst in das Flughafen zu gehen und Hände und Schulter in die Hand zu nehmen, mitzuarbeiten und die ½ Kubikmeter großen, mit Schlammbrettern beladenen schweren Kippflöte den Berg mit herauszuschieben; dann können sie erst einmal die Arbeit beurteilen und schätzen. Wer den ganzen Tag dort oben auf der hohen Warte steht, den Walmördet um den Hals, der muß ja die Deute antreiben, damit ihm die Zeit und Weile nicht lang wird.

Als wir nun so 14 Tage unter der Kontrolle dieser drei Aufsichtsbrüder gearbeitet hatten, sagten uns der eine „Held“: „Na, morgen wird es anders!“ Und richtig, es wurde auch so. Wir befanden einen viersten Aufsichtsbeamten, eine „Verköhlter“, Schachtmelder Seifert aus Peterswalde. Dieser war der reine Sklavenvogt. Wie es scheint, hatte er in Böhmen seinen Stand mehr bei seinen Landsleuten. Dann kommen eben solche Leute nach Sachsen herüber. Nun wurde es noch herrlicher. Dieser Herr führte das 2-Schichtenystem ein, von 4 bis 18 Uhr und von 18 bis 22 Uhr, mit je 1 Stunde Pause. Das Programm ist: in 8 Stunden 30 Minuten herauszuschaffen, gerechnet 30 Minuten auf 5 Mann. Das war diesem Herrn noch zu wenig. Ruhet mir uns einmal aus, schon war einer von den vier „Herrn“ da und trieb uns an.

Nun kommt das Schönste. Es war am Donnerstag. Da hatte die Nachmittagswache wieder den Rekord geschlagen — wie die Tage zuvor. Doch das, was am Donnerstag vor sich ging, hatte man doch noch nicht erlebt; es schlägt dem Foh den Baden aus. Der Schachtmelder jagt zu den Arbeitern:

„Männer, habt die Stunde noch 8 Minuten naus, dann bekommt ihr eine Gläsche Bier.“

Da kann man sehen, wozu der Alkohol dem Unternehmer dient.

Das 24jährige Sohn vom Ehrlich aber sollte erst einmal das praktische Arbeiten erlernen, ehe es sich erlaubt, anderen Leuten in der Arbeit Vorschriften zu machen. Darum nochmal: Die Arme Ehrlich gehört sonst wo hin aber nicht zu Flughafenarbeit. Dieser Schachtmelder einer, der sonst kein Recht dort vertrat und den sie in Pension auf Staatskosten schickten.

Großfeuer

Weihen, 8. August. In der riesigen Ofenfabrik Sagonia entstand am Dienstag gegen 17 Uhr Feuer. Die Flammen ergriffen in letzter Zeit den Dachstuhl und den sogenannten Wasch-Trockenraum. Neben der Weihner Feuerwehr beteiligten sich auch einige Fabrikfeuerwehren an den Löscharbeiten, die nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit das Feuer lokalisiert und niedergelöscht hatten. Der Dachstuhl wurde gänzlich zerstört, die von den Flammen ergreiften Betriebsräume brannten völlig aus. Selbstentzündung soll die Entstehungsursache sein.

Jacky, der Schiffsjunge

(Werkstatt)

Zunächst fürchtet man: wird der grob gemordete Jacky noch etwas von „The Kid“ an sich haben? Und ein ganzes Stück des Films scheinen die Beweisstücke berechtigt... Es fehlen mit den Lumpen und den Loden auch der „alte“ Jacky, der Schüler Chaplin. Die Handlung hemmt: Der elterlose Jacky will auch Kapitän werden. Auf der Stufenleiter unterster Stufe, Schiffsjunge, begeht er als Sittenpolizist zugunsten seines geliebten Kapitäns ein paar lächerliche Dummkheiten, wird eingesperrt, währenddessen Dampferkatastrophe. Malenpanik, alles geht ins Boot, nur der Kapitän bleibt. Jacky, schon geborgen, bringt wieder ins Wasser, lämpft sich zurück zum Kapitän. Er bleibt bei ihm auf „ihrem“ untergehenden Schiff. Beim Kampf mit den Wellen rettet beide der Boyfreund Jackys und die halbblöde Steward. Wie gelöst, zunächst kommt Jacky sich selbst nicht näher. Bis zu den Szenen vor und nach der Einsperrung. Und da ist man wieder gebannt, daß in der geschickten Jacky vergessen, das gequälte Gesicht des gehörten Proletariers beobachtet, dann bis zu dem etwas grausen Abschluß des Film. Herausragend sind die Aufnahmen im Schiffsgang und auf der Kommandobrücke. Hier zeigt auch der Kapitän (Hanslog) ein ergreifendes Bild. Der dem Tod geweihte „alte Mann“, der, von der Tapferkeit des kleinen überwältigt, die elterne Masse fallen läßt und den mit Tauen und Todesgräben lämpfenden Menschen zeigt. Neben diesen Leidenschaften verschwinden die allzuteil gehabten Mützen, verschwindet die gehämmerte Darstellung der Liebesträume des Kapitäns mit einem überfürstlichen Ledemänn. Gut ist nur noch der „Boyerfreund“, der keine Mützen, aber nicht seinen Geist bewußt zu halten imstande ist. Eine bessere Durcharbeitung der Panikscene gebracht, aber — alles in allem streut man sich doch über die am Schlusse erkennbare Totlage, das der ältere Jacky im Grunde der „alte“ geblieben ist. Luther läuft neben einem wissenschaftlichen Film „Die Heile“ eine tragische amerikanische Geschichte, in der Kinder ermordet werden, wobei ein kleiner Negro bejähnt durch ausgesetzte Minnie auffällt.

Die Zeitschriftenbrüder bringen ein „mentalisches“ Spiel mit dem Titel „Lassen Sie auf der „Heile“ offen herausholen“. Wenn endlich wird aus „Szenen aus einem Leben“ so heißt das letzte Abenteuer der bürgerlichen Filmindustrie werden?

Tageskalender der Dresdner Theater

Zeitung, 8. August: Das Komponistkino (19.45). Röhrbachtheater: Graue Mause (Dr. Ganzkochtheater); Vasalit (20).

A

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden u. Umg.

A

DR.-FRIEDRICHSTADT

Friedrichstädt
Konfektions- und Wollwarenhaus
Richard Herrmann, Weiberstr. 20
63099

Jotel Müller's Restaurant
Schäferstraße 34
63098

MÖBEL-FABRIK RICHTER & MUHLER
Ausstellungsräume:
Weberstraße 14 / Ecke Friedrichstr.
63101

H. Arwedder / Inh.: M. Ruffert
Woll- u. Weißwarengeschäft
Schäferstraße 56
63100

Brandenburger Hof
Berliner Straße 26, Ecke Peterstraße
Karl Weigel — Telefon 22078
63110

Zigarrenhaus MAX FRANKE
Schäferstraße 49
63276

Apotheker Hans Steinbach
Schäferstraße, Ecke
Drogerie Menageriestraße Drogerie
63468

Textilwaren
Hedwig Dittrich, Schäferstraße 47
63449

Konditorei und Bäckerei
Oskar Schulze, Vorwerkstraße 18
ff. Torten, Desserts und Kuchen
63460

Otto Lecker
Schreibwaren, Tabakwaren,
Zeitschriften / Pröbelstraße 19
63279

DRESDEN-JOHANNSTADT

Detrich Weißfeld, Pillnitzer Straße 23
Zigaretten und Strümpfe
63262

Alle Sorten
Brennmaterial
Herrn M. Wolf & Otto
Hofgartenstraße 19
62103

Roßschlächterei
Endi Schuster
Schank- und Speisewirtschaft
Johannes Schuster, Elbborg 10
62665

SANITÄTSHAUS Max Thierfelder
Pillnitzer Straße 19
Größtes Lager hygienischer und sanitärer
Garnituren / Dauerwäsche "ZELIDA"
bei billigsten Preisen
63440

Tanzpalast Blumensäle
63442

J.UYS
Gruner Straße 21
Bollinger Stahlwaren
und Schuhfabrik
Firma bringt 1. Qualitätswaren
aus besseren handgewebte Arbeit
63143

D. Rosenkranz
Dürerstraße 2
Horren-Madschneider
62654

Möbel
preiswert bei
Peschel
Neue Gasse 43
62698

DRESDEN-STRIESEN

Verkauf und Reparaturen von Uhren
Gustav Loosse, Markgräflerstraße 13
62914

Curt Hähnel
Fleischerei, Markt-Bahnhof-Straße
Ecke Altstädter
62915

Otto Denze / 2. Mittwochen 7
Schuhreparaturen sofort u. preiswert
62917

Striesener Ratskeller
Altstädter 10
62918

Fahrräder Reparaturen
Anhänger 19 RM
Wochenseite 3 RM
J. Kubis, Schandauer Straße 59
62919

Strumpf-Ecke
Strümpfe, Wollwaren
Trikotagen, Herrenartikel am billigsten
62920

Fahrräder (Diamant, Mara, Triumph)
Gustav Schmidt, Augustusstraße 22
62922

TABAKWARENHAUS FRANZ LEHMANN
Augustusstraße 27, Ecke Tillystraße: Zweig-
geschäft: Wittenberger Straße 21
62922

DRESDEN-LAUBEGAST

Möllers Restaurant, gute Einkaufsstelle für
alle Arbeiter, Alibi-Restaurant, Bahnhofstraße 1
62923

**Uhren / Gold- und
Silberwaren**
GUSTAV SMY
Moritzstr. 10 / Telefon 20326
63097

Tabakwaren - H. Fülle Moritzstr. 15
Ecke Schloßg. 63098

Treff aller KPD- und RPB-Mitglieder
im Restaurant „Zum Hasen“
Fischhofplatz 1
63493

Dresdner Fischhallen
Webergasse 17
Ecke Quergasse vom Altmarkt aus links Seite
63042

Dr. Johs. Haas & Co.
Johs-Haus 3
Spirituosen aller Art / Spezial-Kräuterbitter
63186

Leberjohlen, Leberabfälle kaufen man
billigst bei G. Uhlig Nachf.,
Weisse Gasse 5, Ecke Große Brüdergasse
63187

Rich. Wölfert, Dresden-2L
Grundstraße 23, II. 63447

Am 20e!
Auch Sie können sich
aus Ihrem Stoff noch
genauem Maß
einen Anzug oder
Mantel, einschl.
Sakko, für
9, 11, 13, 15 — an
vergessen lassen,
da ich für guten
Geld nach neuem,
Modetilen ga-
rantiere.

RADIO-PANIER
K. Kirchgasse 5
Ausschank
Schuhmacher-
gasse 10
63195

Zigarrenhaus
Ottomar Hänschel
Zigares / Zigaretten
Tabak / Pelzstr. 11
63491

Kaffee Karlsbad
Mauritzerstraße
Ecke Rosenthal
Gembüll, Adalbertshof
63261

DRESDEN-LOHTAU

DRESDEN ALTSTADT

Residenz-Büffet u. Konditorei
Sachs & Co., Seestraße 7
63444

Gustav Stürmer, Friseur, Röhrholzgasse 24, Ecke Lillengasse / Für Erwerbs-
Allgemein- und Invaliden-Kontor Haarschneiden ab 40 Pf.
63495

MÖBEL-HESSE Rosenstraße 45
Teilzahlung — Eigene Werkstätten 63040

Dresdner Keks- und Waffelbäckerei
BRUNO JOHNE
Dresden-Dobritz
empfiehlt ihre Qualitätswaren!
63081

Schirmer's Restaurant, Fischhofplatz 14
Verkehrslokal von Koffret und allen
organisierten Arbeiter 63493

Kreditbank Freudenfels
(früher Ittmann)
Pirnaische Straße 2, I.
Möbel Konfektion
Sequeme Bedingungen 63184

LIKÖRLÄUFER
A. Eckhardt
Plaschenverkauf
K. Kirchgasse 5
Ausschank
Schuhmacher-
gasse 10
63195

Rose Petesch
Königstraße 15
Rauchwaren 63195

Obst- und Beerenweine
Obstall belast
Spezialauswahl in
Donath's Obstwohnachänke
Lockwitzgrund 63219

Ackermann & Lesser
Große Brüdergasse 20, I.
Instrumenten-Fabrik
Spezialität:
Schalmeien / Trommeln
und Pfeifen 63141

Blumenhaus Düdsteins
empfiehlt lebende Blumen
Reitendorfer Straße 23, Telefon 11273
62962

Lederhandlung Emil Göbel
Kesselsdorfer Straße 30
Leder-Ausschnitt, Schuhmacherartikel 62683

E. Müller's Kaffeehaus
täglich frisch geröstete Kaffees
Reitendorfer Straße, Gdr. Döhlener 2
62964

Jede Damenuhr in Armbanduhr
arbeitet am
Bernh. Scheunier, Löbauer Str. 94
62965

B. Jung, Reitewiger Straße 19
Sattlermeister
Keine Ledermäntel u. Reiseartikel 62977

Rohrmöbel, Korbwaren
Leder-, Bürsten- und Sellerwaren
Ritz. Schenrig, Kesselsdorfer Straße 67
62970

Elektro- und Radiohaus
Kesselsdorfer Straße 10
Akke-Ladestelle / Günstige Einkaufsstelle 62969

GERHARD RÖMER
Delikatessen, Konserven
Kolonialwaren
Sealbansener, Ecke Kesselsdorfer Str.
62912

MUSIKHAUS ARTIS
Bekannt für größte Auswahl in
Apparaten u. Platten, Marschallstr. 31B
62913

B. Hausmann, Reitewiger Straße 18
Sattlermeister
Spezialität: Seine Überboots
Sport- und Reiseartikel 62978

Schusterhaus Tanz-Palast
Sonntag öffentlicher Tanz
empfiehlt sich allen Vereinen bei
guter Besetzung kostenlos 63340

Restaurant zur Schanze
Pfeifferstraße 28 / Inh.: Robert Hörter
63326

Frisseur Kühn
Cossebauder Straße 44 / Spezi. Haarschnitte
63328

Marie Fleck, Warttheer Straße 1
Schokoladen, Pralinen erster Firmen
63319

Uhren, Goldwaren, Optik
Viktoria Heilbrunn, Warttheer Straße 3
63319

MICKTEN-TRACH U
Rundfunk / Licht und Kraft
Erlangen Str. 266
Ausführung örtlicher Einlagen
Gesamtkunstliche Bedienung
63446

DRESDEN-COTTA

Schuhreparatur u. Lederhandlung
Bruno Grübler, Cossebauder Straße 22
63177

Gärtneria
feiner Fleisch- und Wurstwaren
Arthur Thiemer, Odertorstraße 1
63178

Schuhhaus Rujou, Bötzowstraße 3
Restaurant / Mahlzeiten / Etagen
63179

Drogen, Farben, Kolonialwaren
Gämmerie
Walter Leonhardt, Demminer Straße 26
63180

Zigarrenhaus H. Winkler
Am Bahnhof Cotta
63181

KARL RODSCHINKA
Rankestr. 2b
Verkehrslokal der Arbeitschaft
Eigene Fleischerei mit Metzgerei
63327

DRESDEN-KADITZ

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiter Sport

Bundestag der Arbeiter-Radfahrer

Der Bundesvorstand gegen Berlin — Kommunistenhefe — Ausschuhandrohungen gegen die Opposition

Am Sonnabend wurde in Hamburg der Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ eröffnet. Begrüßungsansprachen entgegengenommen und die Kommissionen gewählt. Der Koalitionsrat Neumann als Vertreter der Hamburger Bürgerschaft sprach wie Seewerth beim Deutschen Turnfest in Köln von der „Entstigmung des Volkes“ durch den Sport, von der Mitarbeit an der Republik. Außerdem begrüßten Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der SPD die Tagung. Bildung stützte sich auf die starke sozialdemokratische Delegation und warnte (!) vor politischen Auseinandersetzungen.

Der Festsaal, in dem anschließend der Kommissar stattfand, war mit den Fahnen der deutschen Hindenburg-Republik und dem faschistischen Italien geschmückt.

In der Sonntagsitzung ergänzte der Bundesvorstand die Riemann den vorliegenden schriftlichen Bericht. Er wandte sich gegen eine politische und gewerkschaftliche Arbeit im Rahmen des Bundes und beharrte sich hauptsächlich auf den Ausbau der Haftpflichtversicherung.

Die anschließende Diskussion, an der etwa 25 Delegierte sich beteiligten, beschäftigte sich im wesentlichen mit innerorganisatorischen Fragen. Zu erwähnen sind die Ausführungen des Genossen Amberger, Berlin. Er knüpfte an die Worte des Hamburger Gewerkschaftswertes Threnzelt an, der in seiner Begrüßungsansprache erklärte, daß sich die Gewerkschaften sehr für den Arbeiter-Sport einsetzen. Amberger wies aber nach, daß die Gewerkschaften nicht viel für den Arbeiter-Sport übrig haben. Das beweise ja auch schon der Anfang der Hindenburg-Werte, die eine Konkurrenz der Freiheit-Auf-Werte sind. Für diese Feststellung erhielt er vom Verhandlungsteil einen Ordnungsruf. Als er dann weiter die hauchsche Politik Bildungskenntnisse, und als Spaltungspolitik gelobte, wurde dem Redner vom Vorstandssitz erkläre, daß die Reden der Gäste nicht zur Diskussion ständen. Weidenhain-Brandenburg sprach über die zahlenmäßige Entwicklung des Bundes und erklärte, daß noch mehr Mitglieder gewonnen werden könnten, wenn nicht durch die Tätigkeit des Reichsbanners die Arbeiter abgeschnitten werden, denn Arbeiter-Radfahrerbund bejubelten. Lindholzer vom Gau 20 bemängelte sehr häufig die Interessen in der Freiheit zum Bundestag, wo neben einem Interes des Fahrradhäuses Freiheit Auf Interesse bürgerlicher Radfahrgeschäfte in großer Zahl aufgenommen wurden.

Bandermann vom Gau 17 (Mitteldeutschland) sprach gegen eine Beleidigung der Sportiafidei, die er als politische Macht bezeichnete. Mit dieser vertat er aber nicht die Beschlüsse des mitteldeutschen Kartages, der sich mit Wehrhaft für die Entfernung einer Delegation zur Sportiafidei ausgesprochen hatte. Dieser Aufschluss begann den hektischen gegen den Genossen Frühnert, dessen Enternung als Redakteur der Bundeszeitung er forderte. Verschiedene sozialdemokratische Redner aus dem Bundestag stellten sich auf den gleichen Standpunkt wie Bandermann, gegen die jährliche Abhaltung des Bundestages wandte sich ein großer Teil der Delegierten.

Der Katholik Schrey referierte über die Arbeitersportbewegung und ihre Aufgaben. Natürlich ernannte er die Hebe gegen den kommunistischen Redakteur. Eine Diskussion über das Recht stand nicht statt.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab 103 Stimmberchtigte. Daraus sind nur stark die Hälfte gewählte Delegierte.

In der Montagsitzung wurden zuerst die Schlusworte entgegengenommen. Baudich vom Bundesrat und der Bundesfassier Zimmermann bestätigten sich am schärfsten in der Hebe gegen den Redakteur Genossen Frühnert, den einzigen Kommunisten im Bundesvorstand, weil zwielichtiger Artikel über die Sowjetunion in der Bundeszeitung erschienen und fern von der Antifaschistischen waren. Gleichzeitig wurde gegen die KPD-Presse eine Attacke gerichtet. Wie die Leipziger Bureaucratie ja möchte sie sich auch in Hamburg keine Blöße, die Behauptungen mit Beweisen zu belegen. Wer sich nicht fügt, der fliegt aus der Organisation.

Niemann warnte vor allem die Berliner Ortsgruppen, die revolutionäre Propaganda fortzuführen. Dagegen begrüßte er die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden und Radindustriellen (so seien sie aus, die schwartzgoldenen „Arbeitervertreter“.)

Abstimmung über die Anträge

In rasendem Tempo wurde die Abstimmung von 200 Anträgen durchgeführt. Wiederholte wurde dagegen ergebnislos protokolliert. Es wurde beschlossen: Das Verteilen von Diplomen und Ehrenpreisen hat zu unterbleiben.

Der Bundestag findet alle 3 Jahre statt. (50 zu 51). Den Aufschlag gaben die Vorstande und Beiratssmitglieder. Eine Beauftragung zur Überwachung des Redakteurs Frühnert wurde ebenfalls beschlossen. (Auch eine Methode, alle aufrichtige Funktionen hinauszuzögern.)

Namensänderung in „Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund“. Abgelehnt wurde: Funktionäre müssen politisch und gewerkschaftlich organisiert sein.

Urwahl der Delegierten zum Bundestag.

Nur gewählte Delegierte haben auf dem Bundestag Stimmrecht.

Spaltungspolitik auch beim Arbeiter-Radfahrern

Die Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 7. 8 bringt einen äußerst provokatorischen Bericht vom Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“. Es heißt dort u. a.: „Dann hielten die Referenten des Bundesvorstandes und der Ausschüsse ihr Schluswort. Bemerkenswert ist dabei die Stellung des Bundesvorstandes zum Bundesredakteur und zur Kommunistenpolitik im Arbeiter-Radfahrerbund. Da der Redakteur keiner Erwähnung wegen nicht auf dem Bundestag anwählen sein konnte, hatte man sich vom Vorstand aus am Sonntag zunächst in der Kritik etwas zurückzuholen. Durch die allgemeine Ausprache herausgefordert, gingen die Referenten nunmehr darauf ein. Sie führten aus, daß es unmöglich sei, den Redakteur wie bisher isolieren und wollen zu lassen, da er die Zeitung in den letzten Jahren fast ausschließlich in kommunistischer Sinne und in direktem Gegensatz zur Haltung des Bundesvorstandes redigiert habe. Der Bundesvorstand sieht auf dem Boden der Beschlüsse der Zentral-Kommision für Arbeitersport und Körperpflege, sowie des Sozialistischen Sport-Internationale. Wer sich außerhalb des Rahmens dieser Beschlüsse stellt, der befindet sich auch nicht mehr im Rahmen der Bundesstrukturen und Beschlüsse. Das gelte für alle Sportgenossen und somit auch für den Bundesredakteur. Aus diesem Grunde ist auch der Antrag auf Einleitung einer Preiskommission gestellt worden.“

Die sozialdemokratischen Kreiche der Koalitionspolitik der SPD mit der Bourgeoisie treiben ein frevelhaftes Spiel mit den Arbeiterorganisationen. Zuerst werden sozialdemokratische Delegierte gegen den kommunistischen Redakteur mobilisiert, um daraus zu schlüpfen, daß er nicht für die Helsingforster Beschlüsse eintritt, außerhalb des „Bundes“ steht.

Die eingehende Preiskommission ist nur die Henserkommission, um den Genossen Frühnert zu erdrücken bzw. für schuldig zu erklären, um ihn dann ebenfalls herauszuwerfen.

„Fichte“-Berlin für die Einheit

Einheitsvorschlag gegen die Spaltung

Die von 100 Genossen bei einer Funktionärskonferenz nahmen am 6. August zu der Frage im Bund Stellung. Ausführlich wurde zu den wichtigsten Themen Stellung genommen. Um 1.30 Uhr nachts zu Ende geführte Konferenz lehnte gegen 12.30 Uhr eine Redaktionsskommission ein und stimmte ihren Vorschlägen gegen nur einige Stimmen zu.

Ein Antrag auf Austritt aus dem Bunde wurde mit überwältigender Mehrheit gegen nur wenige Stimmen abgelehnt.

Auf die von Oehlschläger und Reichert verfaßten Schreiben, wonach sich die Vereine dem Diktat der ZK unterwerfen sollen, wurde eine klare Antwort gegeben.

Antwortschreiben an Oehlschläger

W. BG!

Wir bestätigen den Empfang des Schreibens vom 31. Juli wie folgt:

Der ASB Fichte steht nach wie vor auf dem Standpunkt der im Handbuch der ZK gegebenen Richtlinien, nach denen die Orte anhängige Vereine das Recht zur Wahl des Kartells ausüben haben.

Der ASB Fichte ist jederzeit bereit, solche vom Betrauen der Mitglieder getragenen und nach demokratischem Prinzip gewählten Vertreter anzuerkennen und ein solches Kartell voll und ganz zu unterstützen.

Zur Herbeiführung der Einheit ist der ASB Fichte bereit, unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder sich an Neuwahlen nach obengenannten Richtlinien zu beteiligen.

Ein Brief an den Kreisvorstand

Werter Bundesgenosse!

Mit Erstaunen nehmen wir Kenntnis von Deinem Schreiben vom 24. Juli 1928, wonach zur Wahlnehmung unserer Interessen ein Kartellauflösung vorgenommen wird. Diese Maßnahme steht unserer Auflösung nach im Widerspruch zu den im Handbuch der ZK veröffentlichten Richtlinien für die Bildung von Sportkartellen. Wir haben aber den B.D. Oehlschläger mit Schreiben vom heutigen Tage einen bestimmten Vorschlag zur Wahl einer neuen Kartell-Zeitung gemacht und eruchen auch Dich als Kreisleiter zur Unterstützung unseres Vorschlags. Damit dürfte sich n. E. die drohende Zerschlagung des Berliner Arbeitersports bestimmt vermeiden lassen, woran auch Du sicherlich ein starkes Interesse als Kreisleiter haben dürfst.

Weiter stellen wir hiermit den Antrag auf Einberufung des Kreistages, welcher sich mit den Ergebnissen des Bundesstages, sowie mit der augenblicklichen Situation im 1. Kreis beschäftigen müßte.

Arbeiter-Sportverein Fichte, Berlin.

Der am 8. August in der Neuen Welt stattgefundenen Vereinsversammlung wurde folgende Entschließung von der Vereinsfunktionärsversammlung zur Annahme empfohlen:

Der ASB Fichte nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Bundesstages und erhebt den allerhartesten Protest dagegen. Weiter erklärt der ASB Fichte, daß der Bundesstag weder statutarisch noch moralisch das Recht hatte, den Berlin-Brandenburger Delegierten die von ihnen von der Mitgliedschaft übertragenen Mandate abzutrennen.

Der ASB Fichte fordert vom Bundesvorstand die Zurücknahme der Auschluß und betontet erneut seinen Willen zur Einheit der Arbeitersportbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes; er erklärt jeden Versuch zur Spaltung des Berliner Arbeitersports bestimmt bekämpfen zu wollen.“

Die Berliner Arbeitersportler sind für die Einheit, aber nicht geneigt, sich den Auslösungsobligationen der ZK zu unterwerfen, und entschließen, den Kampf gegen die Auslöspolitik mit Energie fortzuführen. Deshalb lehnen sie die Unterschrift auf die vorliegenden Erklärungen ab.

Vom Kreisfest

Übrig gebliebene Haken (Brenndauer 1 Stunde) werden billig abgegeben bei Henri Wüstebeld, Niedersdorfer Straße 24. Derselbst sind auch sofort alle technischen Programme abzurufen.

(Kreisspiel)



FUSSBALLSPIEL SACHSEN-BERLIN

Sonnabend, den 11. August 1928 auf der Ilgenkampfbahn, Lennéstraße

Anstoß 17.30 Uhr

Vorher Spiel der Allersmannschaften

ASB / Bezirk Ost Sachsen / Sekretariat

Adresse: Siegfried Möbel, MDR, Dresden-Bl.

Goliathstraße, 9/10, 2500 / Versammlungsorten müssen höchstens

bei Tage vor dem Schiedsgerichtsdienstag im Sekretariat gemeldet sein

Ausschüsse in allen Arbeiterschaften jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr

Rot-Hilfe

Freitag den 10. August
1928 um 19 Uhr im Dresdner Hof Mitgliederversammlung. Thema: Ein Jahr nach dem Ward an Sozus und Bassett.

Internationale Arbeiterhilfe

Freitag, 19.30 Uhr wichtige Funktionierung im Kindenheim. Pünktlich erscheinen.

Verband für Freidensfertum und Neuerbestattung (E. B.)

Donnerstag den 9. August
Bautzener Teltow, die zweite Versammlung mit der Frau Miss Hugo aus Wien (ehemalige Rosalie im Laubegast). Arbeit nicht hat. Wie es auch alle Frauen und Männer sowie Kinder von Laubegast die öffentliche Versammlung heute Donnerstag den 9. August 20 Uhr im Laubegast Deutsches im Bereich der Stadt.

Montag, 19.30 Uhr nach dem Total.

Wochen, 20 Uhr im Gewerbehaus (Altmärk 11) Mitgliederversammlung. Beiheit von der außerbündischen Hauptversammlung.

Rundfunk

Freitag den 10. August
16.30-17.30 Uhr: Konzert, 18.30-18.50 Uhr: Dienstort Briesel und Zeller Mann; English für Nationalitäten, 19.30-19.50 Uhr: Frau Reg. Rat Dr. Cenger; Techn. Lehrg. für Arbeiterveteranen; Gewerbeleitungen im Betriebe.

19.55-20.15 Uhr: Dr. Seifert, Leipzig; Röhl und Kästel; 20.15 Uhr: Weitere Versammlung und Feierabend. 20.30 Uhr: Wands- und Parkfestlichkeit. 21. Uhr: Berliner Heimat. 21.30 Uhr: Briesel, Zeller Mann.

Montag, 19.30 Uhr nach dem Total.

Wochen, 20 Uhr im Gewerbehaus (Altmärk 11) Mitgliederversammlung. Beiheit von der außerbündischen Hauptversammlung.

RFB

Blusen/Hosen/Mützen
Koppel in Voll- und Spalt-Leder / Windjacken (auch

f. Frauen) / Velvaton (Wollstoff) / Breeches alles in Berliner Einheits-Farbe!

Hauptlager und Versand durch Kamerad Albert Wittig, Johann-Georgs-Allee 29

Ausgabestellen:

Kamerad Helm, Webergasse 3
Barthel, Zinnwalder Str. 16

Bekleidungs-Vertrieb Dresden

Übler Mundgeruch

wich abstoßend. Höchst gefürchtet Zähne entstehen das hässliche Unrat. Seide Schönheitsmittel werden oft durch eimäßiges Baden mit der herlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont befreit. Die Zähne erhalten dann nach kurzem Baden einen wunderbaren Glanz, auch an den Seitenlinien, bei gleichzeitiger Reinigung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezähmtem Zahnschliff. Zahnbürste in den Zahnpastenbehältern als Vorrat des täglichen Gebrauchs werden gründlich damit bestreift. Versehen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf., große Tube 1 WL Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pf., für Damen 1.25 WL (weiße Borsten), für Herren 1.25 WL (blaue Borsten). Nur oft in blau-welsgrüner Originalverpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Betriebs- und Straßenzellen

Freitag nachmittag Flugblätter bei den Stadtteilorglettern abholen

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Referate der Genossen Bell und Schneller auf dem VI. Weltkongress

Moskau, 31. Juli. (Preface.) Die 17. Sitzung des VI. Weltkongresses der Komintern wurde am 31. Juli nachmittags eröffnet. Den Vorsitz hatte Genosse Siza (Italien). Der Kongress geht zum zweiten Punkt der Tagesordnung, "Die Kampfmaßnahmen gegen die imperialistischen Kriegsgefahren" über.

Genosse Bell (England) führte dazu aus: Die Kriegsfrage wurde bis jetzt von uns nicht gründlich genug behandelt. Die gegenwärtige Lage erfordert von den Komintern die Festslegung unserer konkreten Aufgaben für den Kampf gegen den Krieg. Ich hoffe, daß die von mir im Namen der Kommission unterbreiteten Thesen die Grundlage für unseren Kampf gegen die Kriegsgefahr schaffen werden. In diesen Thesen behandeln wir nicht nur die Organisierung des Kampfes, sondern auch die theoretischen Schwächen unserer Sektionen bezüglich dieser Frage.

Die Aussicht, wonach der Krieg in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten ist, ist gefährlich und muß zur Passivität führen. Als Kommunisten müssen sich dessen bewußt sein, daß die Rivalitäten zwischen den Imperialisten den Kampf um die Märkte und Rohstoffquellen, den Krieg, unvermeidlich machen. Die Ursachen der zum Krieg treibenden Krise sind das Einwachsen der Produktionskräfte, die Einschränkung der Märkte und in diesem Zusammenhang auch die kolonialen Rivalitäten. Die Hauptrivalität besteht zwischen dem amerikanischen und dem englischen Imperialismus. Um mit der wachsenden Seemacht der Vereinigten Staaten Schritt zu halten, belässt die englische Bourgeoisie sieberhaft ihre Serüstungen. Es ist jedoch klar, daß die amerikanische Bourgeoisie über hinreichende Mittel verfügt, um soviel Schiffe zu bauen, wie England und Frankreich zusammen. Wir sehen das Eindringen des amerikanischen Imperialismus in Europa, Südamerika, Kanada und Indien.

Eine andere Gruppe von Gegensätzen liegt in den Beziehungen zwischen England, Frankreich und Italien. Die englische Bourgeoisie schlug in ihrer Politik gegenüber Frankreich einen neuen Weg ein. Sie sucht Annäherung an Frankreich, das sich durch die Stabilisierung der Fronten in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht unabhängig gemacht hat und übt sogar in diesem Sinne einen gewissen Druck auf Italien aus. England, das eine aktive sowie feindliche Politik betreibt, sucht die Einheitsfront der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu handhaben, und dieses Verstreben erklärt auch die Wendung in ihrer Politik gegenüber Frankreich.

Die dritte Gruppe von Gegensätzen besteht zwischen Frankreich, Italien und Jugoslawien. Auf dem Mittelmeer sind Konfliktmöglichkeiten gegeben, aus denen ein neuer Weltkrieg entstehen kann, vor allem, wenn wir in Betracht ziehen, von welch vitalem Interesse das Mittelmeer für das britische Weltreich ist.

Eine andere Gruppe von Gegensätzen liegt zwischen Frankreich, Deutschland und England. Die Ursache dieser Gegensätze liegt in der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands, das jetzt erneut als Konkurrent auf dem Weltmarkt erscheint und in die osteuropäischen Länder ein dringt.

Eine weitere Gruppe von Gegensätzen liegt zwischen Amerika, Japan und England vor. Infolge dieser Gegensätze ist die Möglichkeit eines Krieges im Fernen Osten durchaus akut.

Die imperialistischen Rivalitäten finden ihren Ausdruck in wachsenden Rüstungen und Kriegsvorbereitungen. Die bürgerlichen Staaten sehen alle den gemeinsamen Feind in der Sowjetunion und versuchen, ihre Rivalitäten dem Kampfe gegen den proletarischen Staat, indem sie das Zentrum der Weltrevolution seien, unterzuordnen. Die sowjetfeindliche Kampagne wird in erster Reihe von England geführt. Symptome für die wachsenden sowjetfeindlichen Tendenzen sind die englisch-französische Annäherung, die Versuche der finanziellen Absicherung der Sowjetunion, die Bestrebungen der französischen und deutschen Bourgeoisie, eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion schafend und der Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland seitens des Deutschen Reiches unter dem Vorwand der Verbaltung deutscher Ingenieure. Auch in Japan sehen wir eine Verschärfung der sowjetfeindlichen Tendenzen, wobei wir unser Augenmerk auf die mongolische Front richten müssen. Bei den westlichen Nachbarn der Sowjetunion, Polen und Rumänien, können wir unter dem Einfluß des französischen und englischen Imperialismus wachsende Rüstungen und gegen die Sowjetunion gerichtete Kriegsvorbereitungen feststellen.

Unter solchen Umständen ist die Mobilisierung aller Kräfte der kommunistischen Parteien gegen die Kriegsgefahr unsere dringendste Aufgabe. Es wäre sinnlos, nachzuhören, wo und wann der Krieg ausbrechen wird und ob es dabei verzögrende oder beschleunigende Faktoren gibt.

Die Bedeutung und den Einfluß des Völkerbundes dürfen wir nicht unterschätzen; die vom Völkerbund geführte Abrüstungspropaganda müssen wir aufmerksam verfolgen. Die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion sind für uns von sozialsozialer Bedeutung und wir müssen sie bei unserer Antikriegspropaganda ausnutzen. Die Vorschläge Kelloggs, die von den imperialistischen Mächten mit Vorbehalt angenommen wurden, die aber für den Krieg, und vor allem für den Krieg gegen die Sowjetunion, den Weg offen lassen, haben für die Imperialisten nur den Zweck, für die Kriegsvorbereitungen Zeit zu gewinnen. Wir verteidigen die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, aber wir dürfen dabei nicht mechanisch verfahren. Diese Vorschläge haben niemals bewiesen, den revolutionären Kampf des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie zu erschaffen. Die Führer der II. Internationale verteidigen offen den Imperialismus. Ihre Standpunkte unseres Kampfes gegen die Kriegsgefahr dürfen wir den Einfluß der reformistischen Führer auf große Schichten der Arbeiterschaft nicht unterschätzen. Wir müssen den Kampf gegen sie, ebenso gegen die linken Sozialdemokratien, die besonders gefährlich sind, weil sie sich den Anhängern geben, die Kriegsgefahr zu bekämpfen, verschärfen.

Wir müssen uns Lenins Erklärung in Erinnerung rufen, daß der Boykott des Krieges nur eine dumme Phrase ist. Wir sind natürlich grundsätzlich nicht gegen Massenaktionen für Kriegsdienstverweigerung und Boykott als Nebenaktionen bei der Durchführung der Taktik der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Aber wir müssen jedoch

Aktionen scharf von pazifistischen und humanitären Phasen unterscheiden.

Die Kolonialvölker werden im Falle eines imperialistischen Krieges nicht ruhig bleiben, sondern die revolutionäre Bewegung ungeheuer verstärken. Wir werden erst dann ernst von Kolonialarbeiter sprechen können, wenn wir es fertig bringen, zu verhindern, daß die Mutterländer Truppen in Kolonien schicken. Die revolutionäre Propaganda in den Armeen der Mutterländer und der Kolonien, die Propaganda für die Verdunstung und für die Desertion der Soldaten der imperialistischen Armeen zu den nationalen Armeen ist durch unsere Parteien immer noch sehr vernachlässigt.

Die Parteien reagierten überhaupt nicht auf die ungeheure bedeutsame Belebung Schankungs durch den japanischen Imperialismus. Enden reagierten sie ungenügend auch auf andere wichtige Ereignisse, die die Kriegsgefahr signalisieren, wie die Belebung der kleinen Sowjetrepublik, der Überfall auf Arcos, die Ermordung Wolkonski und so weiter.

Der Kampf gegen den Krieg ist keine Ressortarbeit, sondern die wichtigste Aufgabe der Gesamtpartei. Viele Lücken bei dem Kampf gegen den Krieg müssen durch hartnäckige Arbeit ausgefüllt werden. Der Ausbau der Betriebszellen, vor allem in Betrieben der Kriegsindustrie, ist noch äußerst schwach. Auch in den Hafenstädten ist unter Einfluß noch ungenügend. Die Bedeutung der Militärmänner ist sehr unterschiedlich und ungenügend ausgenutzt worden. Unsere wichtigste Aufgabe ist, zu verhindern, daß die Reaktionen im Falle des Krieges den Gewerkschaftsapparat in den Dienst der kapitalistischen Staaten stellen. Wir müssen die Arbeit unter den Frauen verstärken, ebenso auch unter den Bauernmassen, den Fragen der nationalen Minderheiten

größere Aufmerksamkeit widmen, die Arbeit in den Armeen systematisch gestalten und den illegalen Apparat ausbauen um. Genosse Thälmann stellte mit Recht fest, daß wir nicht wissen, ob wir den 7. Weltkongress noch zu Zeiten des Weltkrieges halten können.

Rum heran an die Arbeit. Die Komintern will bei der Bekämpfung der Kriegsgefahr noch große Mängel auf, aber durch hartnäckige Arbeit auf allen Gebieten werden wir, wenn die Imperialisten zur Kriegswaffe greifen, die Waffen finden, um den Jahrhunderte alten Klassenfeind zu besiegen und den Weltbolschewismus zu verwirklichen. (Beifall.)

Auf Vorschlag von nord- und südamerikanischen Delegierten hender des Kongress ein Telegramm mit folgender Grüßen an die Arbeiter und Bauern Kuba und an die gegen den amerikanischen Imperialismus kämpfende Armee Sandino. Das Telegramm fordert alle kommunistischen Parteien und das Proletariat aller Länder auf, den Befreiungskampf des Volkes von Kuba zu unterstützen.

Genosse Bela Kun stürmisch begrüßt

Genosse Manuilski teilt mit, daß der heute im Moskau eingetroffene Genosse Bela Kun auf dem Kongress anwesend ist. Genosse Kun wird bei seinem Erscheinen mit langanhaltenden Ovationen empfangen. Genosse Semard begrüßt Kun als tapferen Kämpfer der ungarischen Revolution, zu seiner Befreiung aus den Klauen der österreichischen und der ungarischen Reaktion. Er schlägt dem Kongress vor, Genosse Kun in das Präsidium zu wählen. Der Vorschlag wird unter großem Beifall einstimmig angenommen, und Genosse Kun übernimmt gleich den Vorsitz.

Die Rede des Genossen Schneller

Sodann führte Genosse Schneller (Deutschland) in seinem Referat aus: Neue Momente gegenüber der Situation vor 1914, die wir bei der Bekämpfung des Krieges berücksichtigen müssen, sind: Einerseits Veränderungen in den Kriegsgruppierungen im imperialistischen Lager; die Bindungen sind heute viel labiler als früher; der Militarismus ist viel umfassender; Entstehung des Völkerbundes als Instrument der imperialistischen Sichtung der Reaktion; Herausbildung des Faschismus; Versuch der reformistischen Oberherrschaft mit dem Staatsapparat und den Unternehmensorganisationen; andererseits Griften der Komintern und großer Massenorganisationen unter ihrem Einfluß und Führung; Existenz der Sowjetunion; kolonial-revolutionäre Bewegung in China, Indien usw.; gewaltige Verstärkung der revolutionären Arbeiterbewegung in der ganzen Welt; Radikalisierung eines Teiles der Bauernschaft und des Mittelstandes.

Hieraus entspringt die Perspektive, daß der neue Weltkrieg viel größere Massen in Bewegung setzen wird, daß der Klassenherrscher des Krieges gegen die Sowjetunion und die Kolonien viel größer zu verwirken ist, daß die Bourgeoisie viel weniger die revolutionäre Bewegung unterdrücken können wird als 1914. Die Kampfbedingungen für die revolutionäre Arbeiterbewegung sind bedeutend günstiger, daher ist auch die Verantwortung ärder.

Der neuendeutsche Imperialismus versucht immer mehr, eine leibhändige imperialistische Rolle zu spielen. Der Kellogg-Pakt, für den Deutschland der Hauptaggressor in Europa ist, brachte eine weitere Verstärkung der Position des deutschen Imperialismus. Die Spize des Kellogg-Paktes ist gegen die Sowjetunion gerichtet. Die deutsche Bourgeoisie ist bestrebt, sich für die offene Einflussnahme in die Antisowjetfront gut bezahlen zu lassen, durch Aenderung der Entwicklungsbestimmungen von Versailles und durch Aenderung der Ostgrenzen. Die Neutralitätspakte der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie haben höchstens den Sinn, daß Deutschland im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion vielleicht eine Zeitlang formal neutral bleiben, aber faktisch das wichtigste Aufmarschgebiet des Krieges gegen die Sowjetunion darstellen wird. Dies beweist die gesamte praktische und theoretische Einstellung der deutschen Heerespolitik.

In dem Maße der verstärkten Einstellung des deutschen Imperialismus auf die Kriegspolitik verstärken sich die Maßnahmen zur Anebelung der sich radikalisierten Arbeiterbewegung. Dieser Kampf gegen die Arbeiterbewegung erfordert eine Unterstützung durch den Faschismus und die Sozialdemokratie. Die faschistische Bewegung in Deutschland ist jetzt nicht besonders stark, kann aber in einem Kriegskonflikt eine bedeutende Rolle spielen, da die faschistische Organisation als eine Kaderorganisation in verschiedenen bürgerlichen Sports- und Massenorganisationen, die auch viele Arbeiter und Kleindörfer beeinflussen, betrachtet werden muß.

Die Sozialdemokraten gingen von verschmäht zu offener Kriegspolitik über. Dies gibt zum Teil eine bessere Basis für ihre Entwicklung. Andererseits aber war es leichter, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, als sie gegen die eigenen Resolutionen handelte, als jetzt, wo sie eigene Theorien des Kriegs und der Unterdrückung des Imperialismus herausgearbeitet hat. Die theoretische Grundlage des reformistischen Vertates ist die Theorie des Ultrareformismus, verbunden mit der Politik der Wirtschaftsdemokratie, mit der Koalitionspolitik und mit der Spaltungspolitik des Proletariats. Die Sozialdemokratie nimmt auch in Deutschland faschistische Ideen an, durch Gewalttätigkeiten gegen die Kommunisten usw. Die Sozialdemokraten sind Einheit der imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Das wichtigste Moment in unserer Kriegsbekämpfung ist, daß wir nicht bis zum Ausbruch des Krieges warten, sondern schon heute erste Vorbereitungen zur Verwandlung des imperialistischen Krieges zum Bürgerkrieg machen. Der Krieg ist kein selbständige Krise, sondern sie ist verbunden mit der gesamten Politik. Deshalb müssen wir unsere ganze Politik auf die Verhinderung des Krieges einstellen. Der Kongress muß alle Parteien verpflichten, einen konkreten Plan für die Arbeit gegen den Krieg aufzustellen. Besonders wichtig ist die Verbindung der legalen mit der illegalen Arbeit auf Grundlage verstärkter Arbeit zur Gewinnung breiterer Massen. Wenn der Krieg anbricht, werden wir dem Ruf der russischen Arbeiter folgen: Recht ab mit eurer Bourgeoisie, schließt euch uns an! (Beifall.)

Genosse Garaldi (Italien) führte in seinem Referat aus: Die Friedensverträge haben Italien, das an Marokko an Nostroffen verlor, seine Kolonien gegeben und ihm auch seine genügenden Einflusszonen gesichert. Daher tritt der italienische Faschismus, den durch die Friedensverträge geschaffenen status quo zu ändern, und bereitet aktiv den Krieg vor, den er als Ausweg aus der Wirtschaftskrise betrachtet. Für die Steigerung der Rüstungen Italiens sind sogar die Daten des gesamten Staatsbudgets bezeichnet, das 37 Prozent der gesamten Ausgaben für die Unterhaltung der Armeen und der Polizei bestimmt.

Die Expansionsbestrebungen Italiens sind auf den Nahen Osten gerichtet. Großbritannien unterstützt das britische Italien, das die Bestrebungen des letzten des Interesses des britischen Imperialismus nicht berücksichtigt. Das italienische Italien spielt in den Kriegsplänen des britischen Imperialismus gegenüber der Sowjetunion eine bedeutende Rolle. Es wäre aber unrecht zu glauben, daß sich das faschistische Italien vollständig an den britischen Imperialismus gebunden habe. Es sucht vielmehr, durch verschiedene Manöver aus der wirtschaftlichen Rivalität zwischen Großbritannien und Deutschland größtmögliche Vorteile zu ziehen.

Das italienische Proletariat ist von internationalem Geist bestellt; es hat Überlebensbedürfnisse im Kampf gegen den Krieg und hat Solidarität für die Sowjetunion in allen Fällen befunden, in denen sie bedroht war. Die italienische Sozialdemokratie nimmt gegenüber der Sowjetunion die gleiche Stellung ein, wie andere sozialdemokratische Parteien. Die Führer der italienischen Sozialdemokratie verblüffen, daß der Faschismus nur dann gestoppt werden kann, wenn der Bolschismus in Italien vernichtet wird. Wir müssen gegen diese sozialdemokratischen Verlierer einen einsichtslosen Kampf führen.

Unsere Kampfmaßnahmen gegen den Krieg müssen vom Gedanken ausgehen, daß der Krieg unvermeidlich ist. Wir müssen diesen Gedanken in breitem Ausmaß propagieren und unsere tägliche Arbeit unter den Massen mit dem Kampf gegen den Krieg verbinden. Großes Gewicht ist auf die Verstärkung der antimilitaristischen Arbeit unter den Bauern zu legen. Entstehung des Krieges bedeutet Entstehung des Bürgerkriegs. Wenn wir mit ganzer Energie ans Werk gehen, werden wir dieses Ziel erreichen können.



300 ENTLAßTE PROLETARISCHE GEFANGENE
HOFFEN AUF EURE SOLIDARITÄT!!!
ZEICHNET AUF SAMMELLISTEN DER R.H.D.

Verbandstag der Buchbinder

Ausschluß der kommunistischen Presse — Vergewaltigung der Opposition

Am 6. August begann in Düsseldorf der Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter. Am Sonntag fand schon eine Vorbesprechung der schon eingetroffenen Delegierten statt. Schon in dieser Vorbesprechung blieb kein Zweifel darüber, daß der Verbandsvorstand, der bereits durch die Vorbereitung zum Verbandstag und durch die Richtererkennung der oppositionellen Listen der Jahrestage Berlin und Dresden zum Ausdruck gebracht hatte, daß er den in seinen Händen befindlichen Apparat respektlos ausgenutzt gegen die Opposition, auch auf der Tagung mit allen Mitteln versuchen wird, die Opposition an die Wand zu drücken. Die Vorschläge der oppositionellen Delegierten zu den einzelnen Kommissionen und für das Bureau wurden restlos von der geflügelten Mehrheit der Delegierten abgelehnt und der Ausschluß der kommunistischen Presse von der Tagung gutgeheissen. Für die Ablösung des Berichterstatters der kommunistischen Presse stimmten nur 6 Delegierte, während die anderen durch ihre Zustimmung zu dem Diktat des Vorstandes gegen die Arbeiterpresse zum Ausdruck brachten, daß sie die Kritik der kommunistischen Presse ablehnen. In der Vorbesprechung wurde gleichzeitig die Wahl des Präsidiums in geheimer Abstimmung vorgenommen. Der Vorschlag des Verbandsvorstandes, den ersten Vorsitzenden des Verbandes, Haußen, als Verteidiger des Verbandstages zu bestimmen, wurde mit folgendem Stimmenergebnis beantwortet: Haußen erhielt nur 14 Stimmen, während der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Jäne, Leipzig, 59 Stimmen und der Gauleiter des Bezirks Niederrhein, Grönhoff, 52 Stimmen erhielten. Die übrigen Stimmen entfielen auf Kornader, Hannover, und Böllermann (Opposition). Dechter erhielt 4 Stimmen.

Am Montag wurde der Verbandstag offiziell eröffnet. Nach Befragung über das Bureau und die Kommissionen gemachten Vorschläge erhob Kollege Böllermann, Stuttgart, im Namen der Opposition Einspruch gegen die Art des Präsidiums, gegen die kurze Redezeit von 20 Minuten, und gegen die Nichtzulassung der Vertreter der kommunistischen Presse.

Nach den üblichen Begrüßungsreden erneuerte Kollege Böllermann seinen Protest gegen die Zusammenziehung des Präsidiums, gegen die kurze Redezeit von 20 Minuten, und gegen die Nichtzulassung der Vertreter der kommunistischen Presse.

Haußen gab darauf den Geschäftsbericht. Er mußte zugeben, daß seit dem drei Jahre zurückliegenden Verbandsstag keine Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist. Er behauptet, daß die Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes große Erfolge gebracht habe und feierte das Arbeitsförderung und das Schlichtungswesen.

Die Ausführungen fanden nicht den geringsten Widerhall bei den Delegierten. Kein Wort und keinerlei Beifalläuferung wurde laut.

Lander gab den Kassenbericht. In der Sache des früheren Verbandsvorständen Kloth erklärte er, daß gegen Kloth auf gerichtlichem Wege die Beurteilung auf seine Eigenschaft als persönlicher Gesellschafter für das Vermögen der Firma eingeholt werden müsse, weil er sich freiwillig nicht dazu bringe kann.

Im Zusammenhang mit Punkt 1 der Tagesordnung wurde gleichzeitig die Frage des Zusammenwirks mit anderen Organisationen referierend behandelt. Haußen, der dazu sprach, lehnt jeden Zwang bei der Bildung von Industrieverbänden ab.

In der Diskussion sprach als erster Redner Klimm, Köln, der die propagandistische Tätigkeit der Christen in Parallelen stellte zu der des Verbandes und die letztere bemängelte. Im übrigen fehlte in seinen Ausführungen jede grundhölzige Auseinandersetzung zu den Referaten.

Kollege Böllermann, Stuttgart, übte scharfe Kritik an der Politik des Hauptvorstandes und der leitenden Funktionäre. Er verwahrte sich gegen die Angriffe auf seine Person in der Buchbinderzeitung und hielt den dort aufgestellten unwahren Behauptungen eine Resolution vor der ihm ebenfalls vertretenen Belegschaft von Delmonte in Stuttgart entgegen, in der ihm die Belegschaft das volle Vertrauen für seine auch während seines Ausschlusses aus dem Verband im Interesse der Gewerkschaft geleisteten Arbeit ausspricht. Er widerlegte treffend die Feststellung des Verbandsvorstandes zum Geschäftsbericht, daß durch die Reichstarifpolitik Erfolge in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen erreicht worden seien. Er stellte demgegenüber die Tatsache, daß teilweise sogar direkt Lohnabzug sancioniert wurde, daß die Aftordarbeiter jahrelang ohne Erhöhung der Lohnsätze arbeiten mußten und daß zum Beispiel in der Stadt Bruchsal seit 1926 kein zentrales Lohnabkommen besteht. Kollege Böllermann wußt ebenfalls nach, daß die Lohnpanne zwischen den Facharbeitern und den Frauen und Jugendlichen sich nicht verringert hat, sondern, daß die Tendenzen zu einer Vergrößerung derselben vorhanden ist. Er verurteilte die Methode, auf Kosten der breiten Masse der Hilfsarbeiter für einige Facharbeitergruppen höhere Löhne zu erreichen und forderte Kampf um die Verkürzung der Lohnpanne. Redner bewies eben-

sollte, daß die gerüchten in letzter Zeit gewährten Lohnnerhöhungen im französischen Missverhältnis stehen zu der außerordentlich gestiegenen Teuerung und den geforderten Leistungen. Der Rückgang der Mitgliedschaft in den letzten Jahren sei die Ursache der arbeitsfeindlichen Politik der Gewerkschaftsführung, auf die auch die Politik breiter Schichten der Mitgliedschaft zurückzuführen ist. Nach Ablauf der Redezeit verlas Genosse Böllermann noch eine Erklärung der Opposition zum Geschäftsbericht, in der die grundhölzige Stellungnahme der Opposition zur Politik des Verbandsvorstandes zum Ausdruck gebracht wird.

Der Genosse Böllermann während seiner Ausführungen einen hellen Krantheitsanfall erlitten und deshalb die Konferenz verlassen mußte, verzog Kollege Böhme, Leipzig, weiter die Opposition und ergänzte Böllermanns Erklärung im Hinblick auf die Frage der Wirtschaftsdemokratie, des Ausschlusses der kommunistischen Presse von der Tagung und der Schreibweise des Verbandsorgans.

In der von der Opposition abgegebenen Erklärung gegen die Politik des Vorstandes heißt es am Schlus: „Die Unterzeichneten sprechen dem Verbandsvorstand ihr schärftes Misstrauen aus. Der Kampf der Opposition zieht sich gegen die wirtschaftsfreudliche, im Widerspruch zu den Grundzügen einer freien Gewerkschaft stehenden Tätigkeit des heutigen Verbandsführers. Wir fordern alle Kollegen auf, mit uns zu kämpfen gegen die Ausschüsse oppositioneller Mitglieder für die Herstellung der proletarischen Demokratie innerhalb des Verbandes, für die Umgestaltung unserer Organisation zu einem Instrument des Klassenkampfes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zur Beseitigung der Lohnsklaverei, für den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus.“

Die Opposition im Tabakarbeiterverband

Zu den Delegiertenwahlen im Tabakarbeiterverband

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Dresdner Volkszeitung vom 23. Juni veröffentlichte das Resultat von der Delegiertenwahl im Tabakarbeiterverband. Daß die Verbandsleitung das benutzt, um „einer sogenannten Opposition“, die „bis jetzt noch nicht zu verzeichnen gewesen ist“, eins auszuwischen, ist nicht verwunderlich. Notwendig ist aber, zu dem Rechenergebnis der Verbandsleitung Stellung zu nehmen. Zu wählen waren 5 Kandidaten. Abgegeben wurden 4587 Stimmen. Die gewählten Kandidaten der SPD erhielten in der Spalte 717 Stimmen, während auf der letzten, die Kollegin Kochig 437 Stimmen erhielt. Die Kandidaten der Opposition, der Kollege Epperlein und die Kollegin Quasdorf, erhielten 403 bzw. 305 Stimmen. Sie blieben also nur mit wenigen Stimmen hinter der Kollegin Kochig zurück. Bei dem Kollegen Epperlein fehlten nur 31 Stimmen.

Nach der Dresdner Volkszeitung entfielen aber auf die Oppositorialkandidaten nur 16,74 Prozent der Stimmen. Und daran wird die Bemerkung geläufig, daß die Opposition trotz aller Agitation sehr ungünstig abgeschnitten habe. Daß dieses Rechenergebnis ein Loh ist, ist ohne weiteres klar. Die schlauen Reformisten habe ganz einfach die Stimmenzahlen der beiden Oppositorialkandidaten zusammengezogen und sie in das Verhältnis zur Gesamtmehrheit eingesetzt. Sie verschweigen aber dabei mit Absicht, daß eine solche Prozentziffer nur zustande kommen kann, wenn man unverhältnismäßig lädt, daß die Opposition statt 5 nur 2 Kandidaten aufgestellt hat. Vielleicht erklärt die Verbandsleitung den Kollegen und Kolleginnen einmal, wie es möglich sein kann, daß die Kollegin Kochig, die nur 33 Stimmen mehr als Epperlein erhielt, gewählt werden konnte. Jeder kann sich ausrechnen, daß die Opposition weit über 50 Prozent der Stimmen im Verhältnis zu der für die SPD-Kandidaten herausgekommenen Ziffer erhalten hat.

Bei dieser Gelegenheit muß aber einmal die Art und Weise der reformistischen Wahlkultur gekennzeichnet werden. Erst daran kann erneut werden, wie stark in Wirklichkeit der Erfolg der Opposition ist. Diese hatte in nur wenigen Wahllokalen Gelegenheit, die Wahlhandlung und die Stimmenauszählung zu kontrollieren. In verhältnismäßig wenigen Lokalen wurden die Vertreter der Opposition, trotzdem sie ihr Verbandsbuch vorzeigten, mit eisernen Faustschmälerungen vor dem Auszählern der Stimmen aus dem Local vertrieben. Der Kollege Steggleich aus der Delta, sowie ein Kollege aus der Henide zeigten im Volkshaus ein gerades hämmisches Verhalten. Sie traten gegenüber einigen Kolleginnen von der Opposition so brutal auf, daß von ihnen gesagt werden muß, sie sind jedes proletarischen Ehrgeschäfts verlustig gegangen. Durch persönliche Verunglimpfungen der beiden Kandidaten der Opposition durch den Kollegen Odmeier und seiner Getreuen sollte die Opposition bei den Wählern mißkreditiert werden. Schon in der Wahlversammlung, in der die Kandidaten aufgestellt werden sollten, unternahm man einen Vorstoß gegen Epperlein, um ihn von der Kandidatenliste zu streichen. Nachdem dies von der Kollegenschaft zurückgewiesen war, versuchte man den Kollegen E. noch

vor der Wahl ungeschickt zu machen, indem man ihn für eine von der KPD einberufenen öffentlichen Betriebsversammlung verantwortlich machen wollte, um so einen Ausschlußgrund zu finden. All das gelang den Reformisten vorbei.

Das fachliche Blatt der Opposition beantwortete die Verbandsleitung mit einem Rundschreiben, das von persönlichen Verunglimpfungen der Oppositorialkandidaten spricht. Um das Vertrauen der Kollegen Ludwig bei Ecke in einer Betriebsversammlung geradezu lächerlich Behauptungen auf, auf die einzugehen wir uns hier verlegen können. Wenn also behauptet wird, die Opposition hätte mit allen Mitteln gearbeitet, so muß festgestellt werden, daß die Verbandsleitung in Verbindung mit der SPD-Faktion viel stärkere Mittel gebraucht hat. Sie waren allerdings auch daran.

In der Dresdner Volkszeitung wird weiter festgestellt, daß die beiden Oppositorialkandidaten an ihrem gewerkschaftlichen Anhänger innenthalts des Verbandes ganz erheblich gelitten hätten. Man kann natürlich von einem verbilligenen SPD-Mann nicht verlangen, daß er Verständnis dafür aufbringe, daß die Kandidaten der Opposition nicht wegen ihrer Person, sondern um die Sache kämpfen. Gerade im Tabakarbeiterverband hat die Arbeiterschaft genügend Erfahrungen über die Schädlichkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Die Opposition wird weiter und unverdrossen den Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften führen. Das Wahlresultat, das durchaus nicht als unauffällig bezeichnet werden darf, wird die Opposition aushorzen, die Kollegenschaft noch härter als bisher über das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aufzuläppen. Solche Methoden, wie sie in der Dresdner Volkszeitung gegen uns angewandt werden, können uns dabei nicht helfen. Sie werden aber zur Aufklärung der Kollegen und Kolleginnen wesentlich mit beitragen.

Doch der Einfluß der Opposition im Tabakarbeiterverband nicht so gering ist, wie es die Dresdner Volkszeitung hinzustellen verucht, beweist die Tatsache, daß sich die reformistische Ortsverwaltung jetzt veranlaßt sieht, in einer heute stattfindenden Verbandsfunktionärsversammlung unter Punkt 2 die Frage der „Opposition im Tabakarbeiterverband“ auf die Tagesordnung zu stellen. Vor den ausgeschiedenen Funktionären wird man wahrscheinlich versuchen, eine Votumssumming gegen die Opposition zu schaffen. Die Gewerkschaften sollen sich nicht täuschen. Auch mit solchen Mitteln werden sie nicht verhindern, daß es der Opposition gelingt, in verstärktem Umfang wie bisher ihre Reihen zu festigen und ihren Einfluß in den Betrieben zu steigern.

Berammlung der Eisenbahner

(Arbeiterkorrespondenz)

Die am 31. Juli tagende Generalversammlung der Eisenbahner Dresdens lieferte wieder einmal den Beweis, daß die Gewerkschaftsbureaucratie gar kein Interesse an einer Befreiung der Eisenbahnerbewegung hat. Anwesend waren 70 Delegierte, dazu etwa 50 Mitglieder als Gäste. Von den circa 5000 Mitgliedern stellt das allerdings nur ein Bruchteil dar.

Der Ortsbevollmächtigte, Rehbach, erklärte gleich einleitend, daß in der letzten Zeit nichts „weltbewegendes“ vorgegangen sei, nur für die Scheuer- und Auwartestunden sei der Stundenlohn von 57 auf 61 Pfennig erhöht worden. Daß die Eisenbahner infolge der reformistischen Gewerkschaftspolitik in ihrem Einkommen immer tiefer sinken, davon mußte Rehbach, der frühere „USP-Revolutionär“ nichts zu sagen. Gleichzeitig mußte er aber feststellen, daß auf der Güterabfertigung Dresden-Friedrichstadt infolge der Nationalisierung (die ja von der SPD als Vorteil für die Arbeiterschaft gepriesen wurde) Differenzen auszubrechen drohen. Im übrigen sind ja auch die seit dem letzten Solidaritätsstreik bestehenden Differenzen im Ausbildungswerk noch nicht beseitigt. Rehbach erklärt ganz einfach: „Jetzt ist Urlaubzeit, da lädt sich nicht viel machen. — Und so was nennt man dann „Kampftagung“! — Urlaubzeit.“ — Nebenbei hängen sich die Unfälle, und in den Dienststellen brechen die Eisenbahner vor Ueberlastung zusammen. — Nervenzusammenbruch — sagt man.

Der Betriebsratsvorsitzende Vogel (SPD) sammerte in der Diskussion über schlechtere Mitgliederversammlungen, da die Leute mit einem Lichibildvortrag über die Dresdner Volkszeitung ein Flasto war. Morgenstern fordert den Kauf eines Lichibildapparates. Betriebssekretär Oelfken fordert die Beamten auf, wegen der Belegschaftserhöhung nicht von der Organisation wegzulaufen.

Kollege Breschner kenntlichnet kurz die Schlussversammlung vom letzten Streik im Trianon, wo man dem Kollegen Siegel das Wort verweigerte und die Aussprache abwürgte.

Im Schlafsaal spielte sich Rehbach wieder mal als „Klostertämpl“ auf. — „Wir wollen einmal einen größeren Teil der Mitglieder in den Kampf führen.“ — Damit sollen die Eisenbahner jedenfalls von den Taffähen abgetrennt werden.

Kollegen! Kämpft mit der Opposition für die Befreiung des Reformismus, nur dann wird es möglich sein, ernsthafte Kämpfe gegen unsere Ausbeuter zu führen.

Reformistische Nebenware: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Rennen; für Soziales, Gewerkschaftliches, Sport und Freizeit: Richard Spengler; für das Interessenten: Arthur Becker; sämtlich in Dresden; Berlin: Dresdner Verlagsanstalt — Druck: „Perao“; Druckerei des Dresdner

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzug autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanek Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(20. Fortsetzung)

„Sie übertrieben und sehen die Dinge zu schwartz, Kommunisten!“ sagte Kurt.

„Ich übertriebe? Oh, sie sind ein Romantiker! Wollen Sie wetten, daß dieser Bursche seine Wünsche spätestens heute abend erfüllt haben wird? Schauen Sie, schauen Sie hin!“

Um den Studenten, der auf der Bant stand, drängten sich die Blumenverkäuferinnen. Zwischen ihm und dem Mädchen an dem lieber liegenden Tisch war schon ein neuer Serpentinenstreifen gespannt. Der Student drückte die Lippen auf das in der Faust zusammengepreßte Ende des Streifens, und sein ganzer, schwerfälliger Körper drückte den unverhütlischen Drang nach dem Mädchen aus. Er wußte aus einem vor ihm auftauchenden Köckchen eine Blume, drückte einen Kuß darauf und beförderte ihn durch die Verkäuferin zu seinem Dame. Dann hob er den Bierkrug über seinem Kopf hoch und leerte ihn mit wenigen Schlucken. Das Mädchen nahm die Blume, führte sie an ihr Gesicht und warf dem Studenten verschleierte Blüde zu. Dieser fing sie logisch auf und brachte seine Begeisterung darüber durch Rufen und Gesten zum Ausdruck und forderte Kampf um die Verkürzung der Lohnpanne. Redner bewies eben-

und Stühlen wie eine Flasche mit Soda Wasser in der Sonne explodieren. Eine Menge ebensolcher Burschen, wie dieser hier, waren Ihre Hartmütigkeit mit Stiefelsäcken zertragen.“

„Karl!“ sagte Kurt, von dem Studenten abdrückend.

„Warten Sie!“ antwortete er und legte die Flüze auf die Bank. „Ich habe das Bedürfnis, einen Idioten zu sehen. Ich schreibe Ihnen zurück und werde Ihnen meinen Gedankengang beweisen.“

„Bemühen Sie sich nicht!“ antwortete Kurt.

„Ich will Ihnen aber einprägen, — nicht Ihnen, nicht Ihnen, Kommunisten, sondern meinem guten Landsmann, daß ich werde Ihnen nächster Jagen, was . . .“

Er wandte sich um und verschwand in dem halb betrunknen, lärmenden Menschengewühl.

„Gehen wir!“ sagte Andrej, und in seinem Blick, der auf dem Gesicht des Freundes haften blieb, lag Besorgnis.

Als sie wieder zu den Schaubuden hinaustrugen und alles ringsherum im Klang der Orgel dahintrieb, sagte Kurt: „Es ist selbstverständlich franz, dieser Bursche.“

Und nach kurzer Pause mit gezwungenem Lächeln:

„Unterhalten wir uns ohne ihn! Ja . . .“

Nachts, auf dem Bahnhofe, im Gedränge und im Saal der Waggons drängenden, von Sonne, Karussells, Altkohl und Gedränge ermüdeten Menschen, begann Kurt wieder Befrachtungen über die Liebe anzustellen.

„Wir kommen ohnehin nicht in den Zug hinein, Andrej. Läßt uns den Feiertag nach altem Brauch beschließen. Suchen wir einen Bahnhof auf, übernachten wie hier, und morgen bei Sonnenaufgang lehren wir zu Fuß in unser liebes, unvergessliches Nürnberg zurück.“

Kurt sprach nicht zu Ende. Sein Blick fiel auf einen Baum, der in einem Kübel in der Ecke des Saales stand.

„Und doch hatte der Bursche, der uns heute ansprach, in so manchem recht, hol's der Teufel!“ murmelte er.

Neben dem Baum stand auf einem Tisch ein hellgelber Handflosser. Hinter dem Koffer wälzte sich auf dem Federlwan ein Student, der ein junges Mädchen umarmte und an sich preßte. Vor einigen Stunden, dort auf dem Berg, in dem Gasthaus bei den Schaubuden, hatte die beiden nur die Papierkette verbunden. Jetzt schwamm in ihren Augen ein tristes Feuer. Der Student mahlte in der Lust Bewegungen mit der Hand, vielmehr nicht mit der Hand, nicht einmal mit dem Handgelenk, sondern nur mit den Fingern, die stumpf und gerade gewachsen waren. Diese herablassend-zärtliche oder nachlässige Gesten

galt der älteren würdevollen Dame, der Mutter, oder Tante des jungen Bärdhens. Sie stand abseits, bereit fortzugehen, und schüttelte den Kopf, es war nicht ganz klar, warum. Ihr Häubchen hatte sich seitlich verschoben, und die Haarsträhnen, die unter dem Hut hervorquollen, waren naß. Der Student murmelte verzörlich:

„Adieu, Frau Mama, adieu!“

Andrej und Kurt gingen auf die Straße hinaus. Ueber den Stadtplatz zog eine Schar lärmender Gesellen. Sie hielten sich unter den Armen gefaßt und bildeten so eine starke Kette, die sich bald nach rechts, bald nach links bewegte. Mit krähenden Stimmen sangen sie unisono:

Die Männer sind alle Verbrecher,
Ihr Herz ist ein finstres Loch,
Die Frauen sind auch nicht viel besser,
Aber sie

aber sie
find sie doch!

Dichtung und Wahrheit

Die Freunde gehen rasch gleichen Schrittes den geraden, mit feinen Steinen gepflasterten Weg. Beiderseits ziehen sich zwei Reihen niedriger Apfelbäume mit prächtigen Kronen hin, in denen die gelblichen Augen ihrer halbtreuen Früchte schimmern. Die Flüze sind mit dem grauen, feinen Staub bedeckt, doch ihr Gang ist noch immer leicht und munter. Vor ihnen hinter dem steilen Hügel hängt am Himmel ein leichter Dunstvorhang. Dort ist die Stadt. Die Freunde blicken hin, nach vorn, gegen den Himmel, und heben ihr barhäuptiges, gesäuseltes Köpfe empor.

Die Freunde blieben stehen. Die neue Stadt umgingelte mit ihrem Dün

Restaurant z. Börse, Pirna

Neue Bewirtung
Wir empfehlen unsere Lokalitäten mit schlemm Vereins-
zimmer zur gefälligen Sammlung. Karl Jost und Frau.

Fahrräder

Große Auswahl / Billige Preise
Bequeme Teilzahlung
M. Ruhrt, Fahrradhaus, Pirna
Reitbahnhofstraße 26, Ecke Breite Straße

Lompen- Zucker

bei 5 Pfund 35 Pt

Gemahl. Zucker

beste Raiffeide, bei 5 Pfund 30 Pt

Louis Winkler

Pirna / Dohnaische Straße 12

Auf alle Waren 6 Proz. Rabatt i. Rechnungsverein

Tabak - Fabrikate

Emil Küchler

Pirna, Breite Straße 8

Empf. sämtliche

Fleisch- und Wurstwaren

zu den billigst. Tagespreisen

Silbermann,

Fleischerei, Pirna, Barbiergasse

Möbeladmirerrei

jeder Art

bei Karl Teudert

Pirna, Moltkestraße 1, Fernruf 165

Alle Brenn- materialien

empfiehlt

Louis Pütter Nachf.

Pirna / am Bahnhof und
am Südbahnhof

Ernst Kühn, Installateur

Dresden-A. 20, Kolonie 15 / Tel. 46271

Ausführung sämtl.

im Fach einschlagenden
Arbeiten / Gas, Wasser-
Heizung u. elektr. Anlagen

Zeitung-Austräger

für Johannstadt

gesucht

Zu melden bei Hantzschi,
Dresden-Johannstadt,
Arnoldstraße 9

Gaststätte

Schweizerhaus

Meissen
als Einkehrstätte bestens
empfohlen / Gustav Ferdinand

Restaurant zum

Sächs. Jäger, Meissen

Rauentalstraße 56

hält sich zur Einkehr bestens empfohlen / Otto Montag

Trinkt

Meißner Felsenkeller

Cabinet

Hugo Dietrich, Meissen, Gerbergasse 14

Preiswerte Lederausschnitte

Schuhmacher-Bedarfsartikel

Fleisch-

u. Wurstwaren

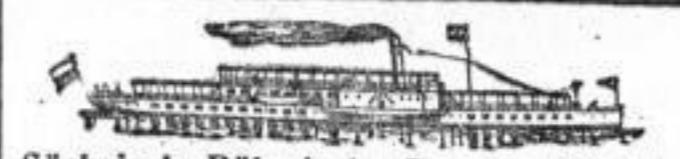
Robert Glöß, Freiberg

Berdeisdorfer Straße 53

Richard Nagel, Meissen

Neugasse 54, Fernruf 457

Spezial-Geschäft für Bildereinrahmung
Großes Bilder- und Spiegellager / Vortreff-
liche Preise / Glaserie / Jalousienbau



Sächsisch - Böhmisches Dampfschiffahrt

Aktiengesellschaft

Personenverkehr zwischen Meißen-Dresden-Auerbach

in vollem Betrieb

Touristenfahrten

Jeden Sonntag direkt nach der Sächs. Schweiz bis Schmilka
Fahrpreise ungefähr Sonntagsfahrtkarte 4. Kl. Eisenbahn

Ablauf: Terrassen 5.10 Uhr, Bisewitz 5.40 Uhr, Leubnitz 6 Uhr / Erste Haltestelle Stadt Wehlen / Rückfahrt mit jedem fahrplanmäßigen Dampfer (auschließlich Konzertdampfers)

Konzertdampfer „Dresden“

läuft täglich 11 Uhr ab Dresden nach Bad Schandau und zurück / Schiffskapelle: Obermusikmeister a. D. Ende / Bewertung: Emil Fricke, Stadtwaldschlösschen / Kochherdfeuer: Konditorei Schmidt

Konzertdampfer „Meissen“

läuft Sonntag, den 12. August, 3 Uhr, nach Bodehain und zurück / An Bord radio- und Schallplattenkonzert / Bewertung: Ernst Stange, „Zum Tucher“ Buchbinderei: Konditorei Angermann

Werktagstickets RM 9,- Wochenkarten RM 11,- Kinder jähren, mit Ausnahme von Dauerkarten, bis zum 4. Lebensjahr frei; ab 4. bis 14. Lebensjahr zu zweit dem halben Fahrpreis für erwachsene

Ein schwerer Entschluß

ist der

Einkauf Ihrer Möbel

Bevor Sie einen Entschluß fassen, besuchen Sie meine Ausstellungsräume. Jede Preisliste ist reichlich und vorbehaltlos verstreut.

Zahlungserleichterung!



Warum

Frischauf-Räder?

Weil

Qualitätsware, 3 Jahre Gar., auf preisw., ohne Überpreise, auch auf Teilzahlung

Weil

in der eigenen, hochmodernen u. neuzeitlichen Fabrik hergestellt und diese dem Arbeiter-Rad.-Bund „Solidarität“ gehört

Bei Barzahlung 10 Proz. Rabatt

Zubehörteile bis zu 30 Prozent herabgesetzt

Fahrradhaus „Frischauf“

Filiale Dresden, Könneritzstr. 17,

am Westiner Bahnhof

Fahrradfabrik mit 19 Filialen im Reiche

Nur bei dem Geschäftsmann kaufen,
dessen Inserate in unserer Zeitung laufen!

Schlafzimmer Speisezimmer Herren-

zimmer

Küchen und

einzelne Möbel

Reformbetten

mit u. ohne Matratze

Kinderbetten

preiswert

Kurt Gregor

Pirna

Barbiergasse 10/15

Fahrräder

Stoerer, Greif, Panzer

und andere

zu niedrigen Preisen

und Teilzahlung

alle Ersatzteile und

Reparaturen

bei

E. Biebrach

Copitz, Lehmanns Str. 25

Gummischürzen
für Frauen und Männer
Segeltuchschürzen
Gärtenschürzen
Ewald Kluge,
Vienna, Komte Str. 17

Radeberger

Pilsner

Felsenkeller

Lager

in Flaschen und Gefäßen

liefern frei Haus

Paul Müller

Bierhandlung

P.-Copitz / Telefon 652

All

Lebensmittel

äußerst billig!

Fritz Leuschke

Pirna-Copitz

Pillnitzer Str. 11

sämtliche eldorado-

Fahrrad-Zubehör

kauft man am

besten bei

Max Schäfer

Pirna, Schlossberg, 3

Kurt Noack

PIRNA

Dohnaischer Platz

Gasthaus

Altzschella

Meissen

empfiehlt sich zur frischen
Küche / Annehmen
Vereinszettel noch bei

Max Lohse

extra frisch bei

W. Töpfer, Meissen

Telefon 66

Extra 6 Prozent Rabatt

Jedes Schlachtfest

Max Lohse

extra frisch bei

Wilh. Baegle

Pirna

extra frisch bei